

07.2013

AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	8
Globalisierung & Eine Welt	11
Klima & Energie	11
Konsum & Verbraucherschutz	15
Landwirtschaft & Gentechnik	16
Naturschutz & Biodiversität	18
Tierschutz & Ethik	20
Umweltpolitik & Umweltrecht	20
Verkehr & Tourismus	24
Wasser & Meere	25
Wirtschaft & Ressourcen	27

VERBÄNDE



Thema: Alternativer Energiegipfel	29
DNR intern	30
Aus den Verbänden	30
Preise & Ausschreibungen	31

SERVICE

Termine	32
Impressum	32

ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst Umweltbildung	33
Schwerpunkt: BNE im Elementarbereich	

THEMEN DES MONATS

Freihandel EU-USA

Trojanisches Pferd für Verbraucher

**Chlorhühnchen, Hormonsteaks und Genlachs mobilisieren
Bürgerprotest auf beiden Seiten des Atlantiks**

Seite 2

Klimaentwicklung

Vom Wetter zum Unwetter

**Einige Skeptiker bestreiten immer noch den Klimawandel –
das aktuelle Wetter belehrt sie eines Besseren**

Seite 4

Lichtverschmutzung

Verlust der Nacht

**Die zunehmende künstliche Beleuchtung ist auch ein großes
Problem für Natur und Umwelt**

Seite 6

Interview: EU-Umweltpolitik

„Ein Rückschritt für die Klimapolitik“

**Trotz einiger Erfolge gibt es noch Handlungsbedarf für eine
ökologische Neuausrichtung der Europäischen Union**

Seite 23

Freihandel EU-USA

Trojanisches Pferd für Verbraucher

Chlorhähnchen, Hormonsteaks und Genlachs mobilisieren Bürgerprotest auf beiden Seiten des Atlantiks

Im Juli sollen die Verhandlungen zwischen der EU-Kommission und der US-Regierung über ein transatlantisches Freihandelsabkommen beginnen. Die Verhandlungspartner versprechen sich davon mehr Handel und neue Arbeitsplätze. KritikerInnen hingegen befürchten, dass die EU ihre Umwelt-, Verbraucherschutz- und Sozialstandards aufweichen und dem US-amerikanischen Niveau anpassen wird. ■ VON PETER FUCHS, POWER-SHIFT

Im Kern geht es beim transatlantischen Freihandels- und Investitionsabkommen (TTIP) um neue handels- und investitionspolitische Begrenzungen für die Regulierungsmöglichkeiten der beteiligten Länder, also um neue Fesseln für die Demokratie.

Schon jetzt sind die Zölle zwischen den USA und der EU gering. Die Wirtschaftslobby hat andere Instrumente im Visier: Sogenannte nicht tarifäre Handelshemmnisse, also Außenhandelsbeschränkungen, die den Marktzugang ausländischer Anbieter erschweren, sollen durch die Angleichung oder den Abbau rechtlicher Vorschriften beseitigt werden. Das könnte vor allem die hohen Standards in der EU treffen. Außerdem wollen die Verhandlungspartner Investitionsströme weiter liberalisieren und Investoren noch wirksamer als bisher vor Regulierungen schützen. Dafür wollen sie Konzernen neue privilegierte Klagerechte gegen Staaten vor internationalen Schiedsgerichten einräumen, wie es in einer Analyse der Forschungsgruppen CEO und TNI heißt.⁽¹⁾

Die Eliten der beiden großen atlantischen Handelsmächte wollen sich im TTIP zusammentun, um angesichts veränderter Kräfteverhältnisse auf dem Weltmarkt, wie durch den Aufstieg der Schwellenländer, ihre Regeln als globale Normen zu setzen. An diesen sollen sich dann bei Themen wie geistigem Eigentum, Energie, Rohstoffen, Kapitalverkehr oder Investitionen künftig alle Länder weltweit ausrichten. So weit jedenfalls der transatlantische Traum.

Die Unterschiede zwischen den Regulierungssystemen der USA und der EU sind jedoch enorm. Zum Beispiel in der Landwirtschaft und beim Verbraucher-

schutz: Im Gegensatz zur EU gibt es in den USA keine strengen Zulassungsverfahren und Haftungsregeln für gentechnisch veränderte Organismen. Lebensmittel, die Spuren von Gentechnik enthalten, müssen nicht gekennzeichnet werden.

Gefahren für den Verbraucherschutz und eine naturverträgliche Landwirtschaft

Nach gentechnisch veränderten Pflanzen stehen jenseits des Atlantiks nun mit Genlachs die ersten genmanipulierten Tiere kurz vor der Zulassung. Auch wenn die amerikanische Umweltbewegung vor den Risiken des „Frankenfish“ warnt – wie sie ihn in Anlehnung an einen amerikanischen Horrorfilm aus dem Jahr 2004 nennt.

Auch erlauben die USA Wachstumshormone in der Rinderzucht, die großflächig eingesetzt werden. Bei Geflügelfleisch setzt die EU darauf, Hygienestandards für die verschiedenen Schritte zwischen Aufzucht und Schlachtung zu definieren und zu kontrollieren, um die Keimbelastung gering zu halten. In den USA sind diese Standards lascher, aber dafür werden Hähnchen dort nach der Schlachtung routinemäßig mit Chlordioxid behandelt.

Genfood, Hormonfleisch und Chlorhähnchen sind nur die prominentesten Beispiele für Produkte, die europäische Verbraucher ablehnen. Grundsätzlich steht der erweiterte Marktzugang für derartige Agrarprodukte ganz oben auf der amerikanischen Prioritätenliste für das angestrebte Freihandelsabkommen. Eine naturverträgliche Landwirtschaft würde weiter unter Druck geraten, weil durch das Abkommen das industrialisierte, konzerngetriebene Agrobusiness gestärkt würde.

Die angestrebte Anwendung „einheitlicher Standards für den Schutz geistigen Eigentums“ bedeutet im Landwirtschaftsbereich zudem nichts anderes als die Patentierbarkeit von Saatgut und damit mehr Kontrolle für die Konzerne und weniger Vielfalt auf den Äckern.

Wie bei der Gentechnik ist auch bei der Zulassung und Verwendung von Chemikalien die europäische Politik stärker vom Vorsorgeprinzip geprägt. Dieses Prinzip besagt, dass auch dann, wenn keine vollständige wissenschaftliche Einigkeit über das Ausmaß der Risiken von Produkten oder Technologien besteht, diese möglichen Risiken vorausschauend minimiert werden müssen. Die europäische Chemikalienrichtlinie REACH beispielsweise verlangt umfangreiche Prüfungen und Nachweise, bevor Chemikalien verwendet werden dürfen. Das ist sinnvoller Umweltschutz und Gesundheitsschutz, aus Sicht von US- und oft auch europäischen Konzernen aber ein nicht tarifäres Handelshemmnis.

Fracking gegen das Vorsorgeprinzip

Eine neue Risikotechnologie im Energiesektor ist das Fracking zur Gewinnung von Schiefergas. Beim Fracking wird ein Cocktail unterschiedlicher Chemikalien in den Untergrund verpresst, um Gas aus dem Gestein zu lösen. In den USA bestehen die Gaskonzerne darauf, die Zusammensetzung dieser Cocktails geheim zu halten und legen keine detaillierten Daten zu möglichen Auswirkungen auf Umwelt, Gesundheit und Grundwasser vor. So ein Vorgehen wäre mit REACH schwer möglich. Wenn durch das TTIP aber REACH-Regeln nach unten harmonisiert werden,

könnte das auch die Türen für Fracking in Europa öffnen. Gleichzeitig warnt die amerikanische Umweltbewegung davor, dass mit dem TTIP amerikanische Exporte von verflüssigtem Gas nach Europa automatisch genehmigt würden, anstatt wie bisher einzeln von der amerikanischen Regierung geprüft und häufig abgelehnt zu werden.

Große Transformation statt Liberalisierung des Handels

Wirtschaft und Regierungen rufen im TTIP-Kontext nach mehr Liberalisierung und Deregulierung. Oberflächliche und allgemein gehaltene Bekenntnisse zum Schutz sozialer und ökologischer Standards sollten nicht davon ablenken, dass es im Kern um den Abbau dieser Errungenschaften geht – und darum, den Spielraum für zukünftige Regulierung einzuschränken. Zivilgesellschaftliche Gruppen auf beiden Seiten des Atlantiks stellen ganz andere Fragen: Wie kann in Anbetracht der sich zuspitzenden Klima-, Ressourcen- und Wirtschaftskrisen eine große, sozial-ökologische Transformation gelingen? Wie können wir in den ökologischen Grenzen des Planeten wirtschaften und dabei gute, fair bezahlte Arbeit sichern? Das Freihandelsabkommen wird auf diese Fragen keinerlei Antworten geben. Im Gegenteil – nach einer erfolgreichen Unterzeichnung wird es den Weg zur großen Transformation weiter erschweren.

Anmerkung und weiterführende Links

- ▶ (1) Analyse CEO/TNI: www.kurzlink.de/ceo-tni-freihandel
- ▶ CEO: www.corporateeurope.org
- ▶ TNI: www.tni.org

Peter Fuchs ist im Verein für eine ökologisch-solidarische Energie- & Weltwirtschaft PowerShift aktiv und koordiniert mit anderen die AG Handel im Forum Umwelt & Entwicklung.

Kontakt:
Tel. +49(0)30 / 42085-295
E-Mail:
peter.fuchs@power-shift.de
www.power-shift.de



TTIP – nein danke! Transatlantische Partnerschaft geht anders

Auszüge aus dem Positionspapier deutscher Nichtregierungsorganisationen zum geplanten Freihandelsabkommen zwischen EU und USA vom 17. Juni 2013

Forderungen und Kritik

▶ Demokratie und Transparenz

Statt Geheimverhandlungen muss es eine breite öffentliche Diskussion über ein soziales und ökologisches Verhandlungsmandat auf beiden Seiten geben. Die umfassende Information der Öffentlichkeit und Parlamente sowie eine Nachhaltigkeitsprüfung müssen gewährleistet sein.

▶ Rechtsschutz für Menschen

Wir lehnen es ab, dass US-Konzerne Klagerechte gegen europäische Umwelt- und Sozialgesetze bekommen. Die besonders von der EU geforderten Sonderklagerechte für Unternehmen unterlaufen grundlegende Prinzipien des Rechtsstaats.

▶ Kernprinzipien des Klima- und Umweltschutzes

Das Vorsorge- und Verursacherprinzip muss auch für neue Technologien gelten, etwa für das Fracking. Wir brauchen eine klima- und ressourcenschonendere und gerechtere Wirtschaftsweise auf beiden Seiten des Atlantiks. Die niedrigsten Standards dürfen nicht zur Richtschnur werden.

▶ Kleinbäuerliche und ökologischere Landwirtschaft schützen

Das TTIP öffnet die Türen für Agrar-Export-schlachten zu Dumpingpreisen. Europäische Bauern gerieten unter noch mehr Wettbewerbsdruck. US-Exporteure würden verstärkt mit Soja und Milchprodukten auf den EU-Markt drängen und die Bemühungen, Soja durch einheimische Futterpflanzen zu ersetzen, unterlaufen.

▶ Hohe Verbraucher- und Gesundheitsstandards

Die strengeren europäischen Standards müssen Grundlage aller Verhandlungen sein. Zudem ist eine umfassende Kennzeichnungspflicht zwingend – auch für verarbeitete Produkte.

▶ Arbeits- und Menschenrechte

Der Öffentlichkeit wird TTIP als Motor für die Schaffung von Arbeitsplätzen verkauft. Dabei haben bestehende Freihandelsabkommen wie der NAFTA-Vertrag zwischen den USA, Kanada und Mexiko eher das Gegenteil bewirkt.

▶ Internationale Solidarität und Kooperation
Mit dem TTIP wollen EU und USA ihre globale Vormachtstellung absichern. Aufstrebende Schwellen- und Entwicklungsländer sollen durch das Abkommen Marktanteile verlieren.

▶ Schutz und Ausbau öffentlicher Dienstleistungen

Essenzielle Dienstleistungen der Daseinsvorsorge – wie Bildung, Gesundheit, Wasser, Energie oder Verkehr – dürfen nicht privatisiert werden. Sie müssen für alle zugänglich sein und hohen qualitativen, sozialen und umweltpolitischen Standards genügen.

▶ Schutz und Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen

Die Unesco-Konvention über den Schutz und die Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen sichert beispielsweise Film-, Theater, Orchester- und weitere Kulturförderung sowie den öffentlich-rechtlichen Rundfunk mit seinen Länderprogrammen.

▶ Regulierung des Finanzsektors und Abbau ökonomischer Ungleichgewichte

Mit dem TTIP sollen Finanzdienstleistungen noch weiter liberalisiert werden. Die politische Macht der Finanzindustrie würde gestärkt, Lohn- und Steuerdumping und damit sinkende Einnahmen der öffentlichen Haushalte wären die Folge.

▶ Innovationen, Bildung und Informationsfreiheit

Schützbare „geistiges Eigentum“ findet sich in vielen Sektoren – Technologie, Pharmazie, Saatgut, Filme und Musik. Unter dem Vorwand, die Urheber zu schützen, gängeln große Verlage, Labels und Medienkonzerne die Nutzer von Kultur und Information immer stärker.

▶ www.kurzlink.de/positionspapier-ttip

Klimaentwicklung

Vom Wetter zum Unwetter

Einige Skeptiker bestreiten immer noch den Klimawandel – das aktuelle Wetter belehrt sie eines Besseren

Der Frühling 2013 mit seinen extremen Wetterkapriolen zeigte deutlich: Die atmosphärische Zirkulation ist nachhaltig verändert. Ob es so etwas wie ein Islandtief oder ein Azorenhoch noch gibt, ist ungewiss. Der Grund dafür ist die extrem starke Erwärmung der Arktis, die Folge: völlig unberechenbares Wetter. ■ VON JÜRGEN TALLIG

Ende März 2013: 50 Zentimeter Neuschnee in der Ukraine, 30 Zentimeter Schnee und 25 Grad minus in Russland, in Nordengland und Schottland Ähnliches. Auf den Weiden, die in meterhohen Schneeverwehungen versunken waren, verendeten Tausende Tiere. In Teilen Europas fiel der Strom aus, auf dem halben Kontinent herrschte Schnee- und Kältechaos. Auch aus vielen Orten in Deutschland wurden neue Kälterekorde im Frühjahr gemeldet. Ostern konnte man Schlitten fahren, bis weit in den April herrschte Februarwetter. Weihnachten hingegen blieb der Schlitten im Keller, denn eine Warmluftlage brachte frühlingshaftes zwölf Grad plus.

Tief gefrorene Böden bis weit in den April ließen keinerlei Pflanzenwachstum zu. Mitte des Monats sprang die Temperatur dann auf 25 Grad, plötzlich war Sommer in einer noch winterlichen Natur. Es folgte ein Wetter-Jo-Jo von Warmlufteinbrüchen aus Südost und kalter Luft aus nördlichen Richtungen, die Fronten krachten irgendwo südlich von Berlin aufeinander. Irritierte Wettermoderatoren meldeten das Abziehen von Regengebieten nach Westen. Die Skeptiker, die die Erderwärmung bestreiten, trumpten angesichts der Kaltlufteinbrüche auf. Ende Mai brachten nicht enden wollende Tiefdruckgebiete aus Nordost Starkregen und Gewitter. Die Folge: Überschwemmungen und unzugängliche Felder. Eine solche Katastrophe, erst die verspätete Aussaat und dann Land unter, hätte früher für Millionen Menschen Hunger oder Tod bedeutet.

Nach 2002 ist nun schon wieder die Rede von einer Jahrhundert-, wenn nicht sogar Jahrtausendflut. Das Wetter spielt offensichtlich verrückt. Die Simulationen

von Klimafolgen hatten anderes erwarten lassen. Doch statt milder und feuchter Winter, wie sie der Deutsche Wetterdienst (DWD) vorhergesagt hatte, gab es eher Winter mit extremen Kälteeinbrüchen. Die Tiefdruckgebiete ziehen nicht, wie vom DWD erwartet, 180 Kilometer nördlich von West nach Ost, sondern saugen sich 1.500 Kilometer südlich über Mittelmeer und Schwarzes Meer mit Feuchtigkeit voll, um dann in einem Bogen, von Nordost kommend, Mitteleuropa unter Wasser zu setzen. Hinzu kommt immer wieder eine eisige Nordströmung. Aber über der Ukraine und Russland, die auch diesen Eisfrühling hatten, ist es schon wieder viel zu heiß.

Wodurch verändert sich das Wetter in Europa so unerwartet?

Eine Abschwächung des Golfstroms beziehungsweise Nordatlantikstroms, wie die Meeresströmung dann Richtung Europa heißt, durch den es in Nordwesteuropa vier bis fünf Grad wärmer ist als auf demselben Breitengrad in Kanada, schließen Experten eher aus. Diese Gefahr sieht beispielsweise Stefan Rahmstorf vom Potsdam Institut für Klimafolgenforschung (PIK) erst Mitte oder Ende dieses Jahrhunderts, wenn das Grönlandeis vollständig abgeschmolzen sein wird. Eine Abschwächung des Golfstroms erklärt auch nicht wirklich die besondere atmosphärische Zirkulation, die zurzeit über Europa zu beobachten ist, mit stationärem Tief, Nordströmung, kreisförmigen Tiefdruckbahnen von Südost nach Norden und dann nach Südwesten. Zudem hätte eine Abschwächung des Golf- oder Nordatlantikstroms auch das Gebiet um Grönland abkühlen müssen. Tatsache

ist aber, dass es nach Angaben der Weltorganisation für Meteorologie (WMO) seit 2010 im arktischen Kanada und auf Grönland drei bis fünf Grad zu warm war. Die Arktis insgesamt ist die Region der Erde, die sich am stärksten erwärmt.

Und genau dort wird unser Wetter gemacht. Zwischen subpolare Tiefdruckrinne auf der Breite des südlichen Grönlands und subtropischem Hochdruckgürtel befindet sich die sogenannte planetarische Frontalzone, wo polare Kaltluft und vom Äquator kommende Warmluft frontal aufeinandertreffen und die enormen Temperatur- und Druckunterschiede abgebaut und ausgeglichen werden. Dort ist quasi der Motor der atmosphärischen Zirkulation der nördlichen Hemisphäre. Hier hat die Westwindströmung oder Westwinddrift ihren Ursprung, die bisher unser Wetter bestimmt hat.

Sowohl am Boden als auch in der Troposphäre, der untersten Schicht der Erdatmosphäre, auch Wetterschicht genannt, verlaufen die Strömungen von West nach Ost und sind in ihrer Stärke jahreszeitlichen Schwankungen unterworfen. Wenn sich der abzubauende Temperatur- und Druckunterschied wegen der klimawandelbedingten Erwärmung der Arktis verringert, dann hat auch das Folgen. Nämlich eine Schwächung der Westwinddrift, also der atmosphärischen Luftzirkulation in den mittleren Breiten der Erde, und Veränderungen der übrigen atmosphärischen Zirkulation.

Die eisfreien Wasserflächen des Nordpolarmeeres haben laut PIK und WMO einen Temperaturanstieg von fünf Grad und mehr bewirkt, sowohl über Grönland als auch im arktischen Kanada, aber auch über der Barent- und Karasee.

Warme Arktis – kaltes Europa

Die arktische Meereisausdehnung im Sommer ist in den letzten 30 Jahren um mehr als 50 Prozent zurückgegangen und das erneute Zufrieren erfolgt immer später, teilweise erst im Januar. Die maximale Ausdehnung im März wird immer geringer. Sehr wahrscheinlich gibt es einen Zusammenhang zwischen der Erwärmung der Arktis und den lang anhaltenden Kälteperioden der vergangenen Jahre in Europa, den man „Warme Arktis – kaltes Europa“ nennen könnte.

Aufgrund der sehr starken Erwärmung im Norden haben sich die Temperatur- und damit Druckunterschiede enorm verringert, die sonst für eine mehr oder weniger stetige und kräftige Westströmung sorgten. Das betrifft den Druckunterschied zwischen Arktis und mittleren Breiten, arktische Oszillation (AO) genannt, aber auch die nordatlantische Oszillation (NAO), das Druckverhältnis zwischen Azorenhoch und Islandtief. Ist der Index der NAO positiv, gibt es eine kräftige Westströmung oder Westwinddrift mit milder Atlantikluft. Ist er stark positiv wie in den 1990er-Jahren, kann ein Orkan entstehen.

Die Druckunterschiede verhindern eigentlich das Vordringen arktischer Kaltluft, aber auch warmer oder heißer Luft aus dem Süden – etwa vom Mittelmeer oder aus der Sahara – nach Mitteleuropa. Die Kältephasen in Europa gehen also meist mit einem negativen NAO- und AO-Index und einer schwachen oder fehlenden Westwinddrift einher. Hinzu kommen ein geschwächter Jetstream, also ein starker Windstrom, der meist die Grenze zwischen zwei unterschiedlichen Luftmassen markiert, und ein instabiler Polarwirbel.

Das war laut Weltmeteorologieorganisation 2010 so, mit extrem negativen Werten, und wurde in diesem Winter und Frühjahr noch weit übertroffen. Bei negativem AO-Index ist das Polarhoch stark im Verhältnis zu einem schwachen Tiefdruckgürtel, der weit nach Süden abgedrängt wird. Das ganze Frühjahr schon haben wir im Nordatlantik und Nordmeer starke Hochdruckgebiete, um die die Luft im Uhrzeigersinn zirkuliert, und deshalb eine stetige kalte Nordströmung, die weit ins

nördliche Mitteleuropa reicht. Ob es so etwas wie Islandtief und Azorenhoch noch gibt, ist ungewiss. Schon 2010 stellte der Deutsche Wetterdienst fest, dass es beide Drucksysteme nur noch schwach ausgeprägt, verschoben oder gar nicht mehr gab. Früher entstand ein Tief bei Island, zog mit der Westwinddrift über Frankreich und Deutschland hinweg nach Osten und löste sich an der polnisch-russischen Grenze auf. Dieses alte Wetter scheint es nicht mehr zu geben.

Die Veränderungen erklären auch die momentane Hochwasserkatastrophe. Denn nun ziehen die atlantischen Tiefs viel weiter südlich nach Osten, übers Mittelmeer und Schwarze Meer, wo sie auf das Hitzehoch über der Ukraine treffen und vollgesogen mit Feuchtigkeit nach Norden abdrehen, wo sie wiederum von der kalten Nordströmung geblockt nun langsam nach Südwesten ziehen oder verharren. Möglicherweise passiert gerade eine Umstellung der Muster der Großwetterlagen in Europa, wo die alten West-Ost-Verläufe eher die Ausnahme sein werden. Stattdessen werden in Zukunft voraussichtlich Strömungen aus verschiedenen Richtungen aufeinanderprallen.

Wetter-Jo-Jo und Schneekönigineffekt

Das wäre dann ein ständiger Wechsel zwischen Nord- und Südströmung, also zwischen sehr kalter und dann wieder sehr heißer, oder schwülfeuchter Luft, wie es ihn in den letzten Jahren schon oft gegeben hat. Oder wie im Mai, als eine Art Kreisbewegung von Südost kommend und nach Südwest umschwenkend zu einer katastrophenträchtigen Gemengelage führte, wie die jüngsten Überschwemmungen in Deutschland zeigen. Wann, wie und ob sich die neuen Zirkulationsmuster erkennbar stabilisieren werden, bleibt abzuwarten. Sicher scheint einzig die Unbeständigkeit, nicht nur im meteorologischen Sinn.

Die Kälteeinbrüche, die es seit einigen Jahren immer häufiger gibt und die ich Schneekönigineffekt nenne, sind eine eher unerwartete und überraschende Folge des Klimawandels. Allerdings sind sie nur ein Symptom einer großen Verschiebung, die die Menschen jetzt schon das Fürchten

lehrt. Wenn die Erwärmung in der Arktis und im Nordatlantik noch weitergeht, was Experten zufolge sehr wahrscheinlich ist, werden sich die Oszillationen weiter abschwächen und die jetzigen Wetterlagen wiederholen. Die Dicke des arktischen Meereises hat nach Angaben der Deutschen Forschungsinstitute zum Meereisrekord in den letzten drei Jahrzehnten um drei Fünftel abgenommen. Möglicherweise haben wir schon in 15 Jahren ein eisfreies Polarmeer.

Der ungebremste Ausstoß von Treibhausgasen durch die Industrieländer, der Anstieg der CO₂-Emissionen seit 1992 um 50 Prozent, hat dem Klimawandel eine Dynamik verliehen, die möglicherweise die seit Menschengedenken bestehende atmosphärische Strömungs- und Wettermuster durcheinanderbrachte. Statt milder Westströmungen gibt es nun eisige Nordströmungen oder warme bis heiße Südströmungen.

Ob und wie diese Strömungs- und Wetterlagenumstellung die Erwärmung in den Nordpolarregionen mindern wird, bleibt abzuwarten. Aber womöglich geht die Erwärmung der Arktis sogar noch schneller, da Westwinddrift und Polarwirbel die kalte Polarluft nicht mehr zurückhalten können. Vielleicht merken nun auch die Verantwortlichen in den Industrieländern, dass ihr Tun Folgen hat und sie die Grundlage für ihr Geschäft ruinieren. Wer meinte, Klimawandel bedeute, ein bisschen Heizkosten zu sparen, und ginge ihn ansonsten nichts an, ist nun wohl eines Besseren belehrt.

Weiterführende Links

- ▶ www.wmo.int
- ▶ www.dwd.de
- ▶ www.pik-potsdam.de

Der Ingenieur und Politikwissenschaftler Jürgen Tallig beschäftigt sich seit Jahrzehnten mit Umweltthemen, speziell dem Klimawandel. Er engagiert sich unter anderem bei der Grünen Liga und erhielt 2006 den Umweltpreis Pankow für einen Beitrag über umweltgerechten Verkehr.



Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 92409832
E-Mail: tall.j@web.de

Lichtverschmutzung

Verlust der Nacht

Die zunehmende künstliche Beleuchtung ist ein großes Problem für Natur und Umwelt

Ein tagheller Nachthimmel, angestrahlt durch unzählige Leuchtquellen – in urbanen Ballungsräumen ist das eher Regel als Ausnahme. Wo Menschen siedeln, brennt immer auch künstliches Licht und verschmutzt die natürlichen Lichtverhältnisse. Erst langsam werden die daraus resultierenden Folgen für Mensch und Umwelt erforscht. Schon jetzt ist aber klar: Für Ökosysteme kann Lichtverschmutzung gravierend sein. ■ VON FRANZ HÖLKER

Licht ist im Allgemeinen positiv mit Werten wie Sicherheit, Wohlstand und Modernität besetzt. Daher neigen Menschen dazu, ihre Umgebung zu beleuchten. Nicht umsonst betrachten viele das elektrische Licht als eine der größten und wichtigsten Errungenschaften der Menschheit. Doch was unschätzbare Vorteile bringt, hat auch eine Schattenseite: Die sogenannte Lichtverschmutzung nimmt zu. Das bedeutet, dass künstliches Licht die natürlichen Beleuchtungsverhältnisse immer stärker verunreinigt. Das hat negative Folgen für Mensch und Natur.

Weltweit wird der Nachthimmel immer heller. Jedes Jahr beträgt der Zuwachs an künstlicher Beleuchtung im Schnitt drei bis sechs Prozent. Verantwortlich dafür ist eine Vielzahl privater und öffentlicher Leuchtquellen. In Berlin kommt beispielsweise ein Drittel des nach oben gerichteten Lichts von den Straßen – also von Laternen und Verkehrslichtern. Der Anteil der Lichtemissionen von Industrie- und Gewerbegebieten liegt bei 16 Prozent. Generell gilt: Zu den besonders hellen Lichtquellen gehören Innenstadtbereiche sowie Flughäfen und Baustellen, bei denen die Beleuchtung vor allem der Betriebssicherheit dient. Wälder, Parkanlagen und Friedhöfe hingegen bilden im Kontrast dazu wertvolle Dunkelräume. Aber auch diese sind in Gefahr.

Lichtverschmutzung bedroht Artenvielfalt

Die überwiegende Zahl aller Organismen – Pflanzen, Tiere, Menschen – hat sich im Laufe der Evolution sowohl an den täglichen Wechsel von hell und dunkel als auch an jahreszeitliche oder durch den Mondschein bedingte Rhythmen angepasst. Zei-

ten der Nahrungssuche, Wanderung oder Ruhe werden ebenso darauf ausgerichtet wie Zeiten der Partnersuche und Fortpflanzung. Künstliches Licht in der Nacht aber verstellt die innere Uhr vieler Organismen. Erst seit wenigen Jahrzehnten sind sie mit diesen veränderten Lebensbedingungen konfrontiert – Zeit, sich evolutionsbiologisch darauf einzustellen, hatten sie kaum. Licht zur falschen Zeit, auf einem zu hohen Lichtniveau oder mit einer unnatürlichen spektralen Zusammensetzung entkoppelt die natürlichen Lebensrhythmen der Tiere.

Auf diese Weise hat die rasante weltweite Zunahme von künstlicher Beleuchtung in den vergangenen Dekaden viele Landschaften grundlegend verändert. Die Folgen für die biologische Vielfalt können gravierend sein, sind aber noch wenig erforscht. Rund 30 Prozent aller Wirbeltiere und mehr als 60 Prozent aller Wirbellosen sind nachtaktiv und von daher besonders von Lichtverschmutzung betroffen. Problematisch ist hierbei nicht nur der direkte Einfluss einer Leuchtquelle auf Organismen. Auch das nach oben abgestrahlte und durch atmosphärische Moleküle, Wolken und Aerosole, also Gemische aus Gas, festen und flüssigen Schwebeteilchen, gestreute und reflektierte Licht wirkt sich auf natürliche Lebensräume aus. Dieses indirekte Licht ist für sogenannte Lichtglocken verantwortlich und verursacht ein erhöhtes Beleuchtungsniveau über und in den Städten.

Insbesondere punktuelle Leuchtquellen bewirken bei Tieren Verhaltensänderungen – teils mit vermutlich erheblichen Folgen für die Ökosysteme. Einzelne Lichter führen zu Orientierungslosigkeit, locken Tiere an oder lassen sie erstarren – ihr na-

türliches Nachtverhalten wird beeinträchtigt und bewährte Verhaltensstrategien werden wirkungslos. Das schlägt sich dann auch auf tägliche oder jahreszeitliche Wanderungen, Nahrungsaufnahme, Kommunikation und Fortpflanzung nieder: Einige Wanderfischarten werden beispielsweise durch künstliches Licht abgeschreckt. So stellen Brückenbeleuchtungen entlang von Flüssen eine potenzielle Migrationsbarriere dar, deren Überwindung die Fische Zeit und Energie kostet. Aber auch Zugvögel, die sich anhand des Sternenkompasses orientieren, werden durch unnatürliche Lichtverhältnisse irritiert.

Licht lockt Insekten

Ein anderes Beispiel für durch künstliche Beleuchtung verursachte Desorientierung von Tieren lässt sich alljährlich in den Sommermonaten beobachten: Insekten werden durch Straßenlaternen angezogen. In Deutschland säumen rund acht Millionen Lampen die Straßen – das Todesurteil für Milliarden von Insekten. Angelockt durch das Licht werden sie ihrem Lebensraum entzogen und können dort nicht mehr der Nahrungs- und Partnersuche nachgehen. Dies wird auch als Staubsaugereffekt bezeichnet. Viele Insekten reagieren dabei besonders empfindlich auf kurzwelliges blaues und UV-Licht. Als Folge fehlen sie Fischen und Vögeln als Nahrungsgrundlage. So führt die Lichtverschmutzung zu einer Artenverschiebung, bei der es aber auch Nutznießer gibt: Einige Spinnenarten bauen ihre Netze bevorzugt an Straßenlaternen, um desorientierte und erschöpfte Insekten zu erbeuten. Auch Fledermäuse können profitieren und finden

in den vom Licht angelockten Insekten leichte Beute. Veränderte Beleuchtungsverhältnisse verzerren so Nahrungsnetze und Lebensgemeinschaften, Ökosysteme können aus dem Gleichgewicht kommen. Die um lichtsensible Insekten „beraubte“ Landschaft wird artenärmer.

Verlust für Mensch und Ökosystem

Im Laufe der Evolution haben Wolken den Nachthimmel verdunkelt, da sie das Licht der Gestirne abschirmen. Seitdem der Mensch die Nacht künstlich beleuchtet, ist das in städtischen Regionen genau umgekehrt. Bei dichter Bewölkung ist der Himmel zehn Mal heller als in klaren Nächten, wobei vor allem das langwellige, rote Licht stärker gestreut wird. Das so erzeugte Lichtniveau kann sogar an eine Vollmond- oder Dämmerungssituation herankommen. In klarer Luft hingegen wird kurzwelliges, blaues Licht in der Atmosphäre stärker gestreut. Durch immer mehr weiße Lichtquellen mit einem hohen Blauanteil erhellt sich so auch der Nachthimmel.

Das wiederum kann Auswirkungen auf Ökosysteme haben. In Seen kann beispielsweise schon das Beleuchtungsniveau einer städtischen Lichtglocke die tageszyklische Wanderung von Zooplankton deutlich beeinflussen. Zooplankton, das sich selber von anderen planktischen Organismen ernährt, ist auch eine wichtige Nahrungsgrundlage für viele Fische. Künstliches Licht beeinflusst so das Nahrungsnetz eines Sees. Auch Ökosystemleistungen können beeinträchtigt werden, wie die Bestäubung von Wildpflanzen durch Nachtfalter oder der kulturelle Wert einer dunklen Nacht, der durch Lichtverschmutzung für immer mehr Menschen verloren geht.

Außerdem sind evolutionäre Folgen zu erwarten. In urbanen Zentren werden zwar viele lichtsensible Arten künftig aussterben, andere Arten aber werden sich evolutionär an die neue Lichtsituation anpassen – oder haben es bereits getan. Das betrifft vor allem Tierarten mit kurzen Generationszeiten wie beispielsweise Wasserflöhe und Insekten.

Wie kann eine naturverträgliche Stadtbeleuchtung gelingen?

Um die negativen Folgen für Mensch und Umwelt zu minimieren, ohne ganz auf Licht zu verzichten zu müssen, muss die Stadt- und Lichtplanung reagieren. In naturnahen Räumen müssen andere Kriterien zum Schutz lichtempfindlicher Organismen und Nachlandschaften zugrunde gelegt werden als in urbanen Räumen. Die Planer müssen darauf achten, ob es um ein Gewässer, einen Park oder ein Wohngebiet geht. Auch über die Einführung von Kern-Nachtstunden sollte nachgedacht werden und kritische Phasen wie der Vogelzug müssen eine Rolle spielen.

Vor allem aber müssen dringend Schwellenwerte festgelegt werden: Erst wenn man weiß, wie viel Licht notwendig und zumutbar ist, kann eine optimale Beleuchtung für unterschiedliche raumzeitliche Kontexte entwickelt werden. Bei der bisher üblichen Lichtplanung wird meist von Untergrenzen ausgegangen. Obergrenzen werden kaum berücksichtigt. Weitere Stellschrauben sind die Wahl des Leuchtmittels, maßgeschneiderte Lichtspektren und nach oben abgeschirmte Leuchten.

Weiterführende Literatur

- ▶ Held, M., Hölker, F. & Jessel B. (Hrsg., 2013): Schutz der Nacht – Lichtverschmutzung, Biodiversität und Nachlandschaft. BfN-Skripten.
- ▶ Hölker, F., et al. (2010): The dark side of light - a transdisciplinary research agenda for light pollution policy. Ecol. Soc.
- ▶ Posch, T., Hölker, F., Uhlmann, T. & Freyhoff, A. (Hrsg., 2013): Das Ende der Nacht. Lichtsmog: Gefahren – Perspektiven – Lösungen. Wiley-VCH.

Der Ökologe Franz Hölker leitet das interdisziplinäre Verbundprojekt „Verlust der Nacht“ sowie das internationale „Loss of the Night Network (LoNNe)“.

Kontakt:
Tel. +49 (0)30 / 64181-665,
E-Mail: hoelker@igb-berlin.de,
www.verlustdernacht.de



politische ökologie

Die Buchreihe für Querdenker und Vordenkerinnen

Baustelle Zukunft

Die Große Transformation von
Wirtschaft und Gesellschaft



In hohem Tempo treibt der Mensch den Planeten an die Grenzen der Belastbarkeit. Viel Zeit für ein Umsteuern zu einem CO₂-armen Wirtschaften und einer Kultur des Genug bleibt nicht mehr. Gut, dass Einige schon mal anfangen: Unternehmen maximieren anstelle ihrer Gewinne die Zufriedenheit ihrer Angestellten. Nachbarn bauen ihr Gemüse gemeinsam in urbanen Gärten an und Kommunen nehmen die Energieversorgung wieder selbst in die Hand. Klar ist: Für die Große Transformation braucht es nichts Geringeres als einen tiefgreifenden kulturellen Wandel.

Mitherausgegeben vom Wissenschaftlichen Beirat des BUND

Mit Beiträgen von Uwe Schneidewind, Wolfgang Sachs, Irmi Seidl, Angelika Zahrt, Harald Welzer, Reinhard Loske, Dirk Messner u.v.m.



Baustelle Zukunft
politische ökologie (Band 133)
160 Seiten, 16,95 EUR (zzgl. Versand),
ISBN 978-3-86581-424-1

Erhältlich bei
www.oekom.de, oekom@verlegerdienst.de

oekom
verlag

ABFALL, CHEMIE & EMISSIONEN

Müll in der Tiefsee**4.000 Meter unter dem Meer**

■ Forscher des Aquarium Research Institute im kalifornischen Monterey haben in einer Langzeitstudie Müll in allen Meereschichten nachgewiesen. Auch in bis zu 4.000 Meter Tiefe konnten ferngesteuerte U-Boote menschliche Abfälle filmen. Mehr als die Hälfte des gefundenen Mülls waren Metalle und Kunststoffe – ein Großteil stammte von Plastiktüten. Die Wissenschaftler entdeckten aber auch zahlreiche tote Tiere, die sich in alter Fischereiausrüstung verfangen hatten. Insbesondere Plastikmüll hat verheerende Auswirkungen auf das maritime Ökosystem: Mindestens 43 Prozent aller Wal- und Delfinarten, alle Arten von Meeresschildkröten sowie 36 Prozent der Seevögel und viele Fischarten fressen den Müll. Außerdem werden bei der Zersetzung der Kunststoffe giftige und hormonell wirksame Chemikalien freigesetzt. [dh]

- ▶ www.kurzlink.de/uba-meeresmuell
- ▶ www.kurzlink.de/ytvid-trash-deepsea

Konsultation**Wie kann EU-Abfallpolitik verbessert werden?**

■ Die EU-Kommission hat Anfang Juni eine Konsultation zur Bewertung und Überprüfung der europäischen Ziele zur Vermeidung und Verwertung von Abfällen gestartet. Bis zum 10. September sind BürgerInnen, Organisationen und Unternehmen aufgefordert, Probleme in den Zielsetzungen der Abfallrahmenrichtlinie, der Richtlinie über Abfalldeponien und der Richtlinie zu Verpackungen und Verpackungsabfällen aufzuzeigen. Außerdem können sie Vorschläge machen, um die Ziele der drei Richtlinien neu zu formulieren und zu verbessern. [fc]

- ▶ Zur Konsultation: www.kurzlink.de/euconsultwaste

EU-Chemikalienpolitik**Glufosinat-Verbot schon im Herbst**

■ Mit einer neuen Verordnung fordert die EU-Kommission die Mitgliedstaaten auf, das Herbizid Glufosinat bis zum November 2013 nicht mehr auf dem europäischen Markt zuzulassen und seine Verwendung zu begrenzen. Für Säugetiere ist das Herbizid extrem gesundheits- und fortpflanzungsschädlich. Die EU-Pestizidgesetzgebung hatte ursprünglich vorgeschrieben, das Herbizid bis zum September 2017 nach und nach aus dem Verkehr zu ziehen.

Die neuen Entwicklungen hielten die Bayer CropScience AG allerdings nicht davon ab, den Bau einer Glufosinat-Produktionsanlage im US-Bundesstaat Alabama zu planen. Dadurch solle die weltweite Produktion verdoppelt werden. „Die Firma BAYER handelt unverantwortlich, wenn sie im Ausland den Einsatz eines Pestizids forciert, das in Europa aus guten Gründen vom Markt genommen wird“, kritisiert Philipp Mimkes von der Coordination gegen BAYER-Gefahren den Schritt des Chemiekonzerns. [es]

- ▶ Zur Verordnung: www.kurzlink.de/eu-vo-glufosinat.pdf
- ▶ www.cbgnetwork.org/5091.html

Endokrine Disruptoren**Wissenschaft drängt EU zum Handeln**

■ Steigende Zahlen von Krebspatienten sowie immer häufigere Gehirn- und Schilddrüsenerkrankungen in den EU-Ländern haben ein Bündnis internationaler GesundheitswissenschaftlerInnen alarmiert. Ende Mai forderten sie die europäische Kommission auf, die Nutzung endokrin wirksamer Chemikalien stärker zu regulieren.

In ihrer nach dem Sitz der EU-Kommission in Brüssel benannten Berlaymont Erklärung über Endokrine Disruptoren

(EDC) zeigen die WissenschaftlerInnen einen Zusammenhang zwischen dem Einsatz von gefährlichen Chemikalien in alltäglichen Produkten und der Zunahme hormoneller Erkrankungen auf. In zahlreichen Forschungen konnte nachgewiesen werden, dass häufig eingesetzte Chemikalien wie Pestizide oder Flammschutzmittel das endokrine System beeinflussen. Dennoch seien viele Menschen auch weiterhin solchen Substanzen direkt oder indirekt ausgesetzt. Die Wissenschaftsgemeinde befürchtet daher, dass die Zahl schwerer Erkrankungen noch ansteigen werde.

Die bisherigen Vorschläge der EU-Kommission zur Regulierung endokrin wirksamer Substanzen beruhen nicht auf aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen, heißt es in der Erklärung. Stattdessen würden wirtschaftliche Interessen über den Schutz der menschlichen Gesundheit und der Natur gestellt. Die Kommission müsse auf Basis solider wissenschaftlicher Prinzipien wirksame Maßnahmen ergreifen, um den Einsatz von EDC zu beschränken, forderten die 89 UnterzeichnerInnen.

Neben gezielten politischen Maßnahmen fordern die WissenschaftlerInnen auch neue EU-Forschungsprogramme, um EDC eindeutig bestimmen und ihre Wirkungen besser bewerten zu können. Schließlich mangle es für viele Störungen des Hormonsystems noch immer an international vereinbarten und validierten Tests, obwohl entsprechende wissenschaftliche Instrumente und Analysemethoden bereits zur Verfügung stünden. [dh]

- ▶ www.kurzlink.de/edc-berlaymont13.pdf

Nanotechnologie**Unesco soll ethische Standards festlegen**

■ Die UN-Organisation für Bildung, Kultur und Wissenschaft (Unesco) soll globale Ethikrichtlinien für die Nanotechnologie festlegen. Das forderten TeilnehmerInnen einer Konferenz der slowakischen Nationalkommission der

Unesco und der Weltkommission für Ethik der Naturwissenschaften und der Neuen Technologien (COMEST) in Bratislava. Ein Expertengremium soll nun einen Fahrplan entwickeln, wie mit den Konsequenzen der Nanotechnologie umzugehen sei.

Nanotechnologie gewinnt auf dem globalen Markt immer stärker an Bedeutung. Auch einige Entwicklungsländer sehen in der neuen Technologie wirtschaftliche Potenziale für Gesundheit und Landwirtschaft. Umweltverbände warnen allerdings vor den Risiken der Nanotechnologie für Menschen und Umwelt. Nanomaterialien wirken zum Teil toxisch und gefährden ganze Ökosysteme.

Die TeilnehmerInnen der Konferenz befürworteten grundsätzlich die weitere Entwicklung der Technologie. Hierfür benötigt es aber politische und öffentliche Unterstützung. Vor allem müsse stärker über die Vor- und Nachteile der Technologie aufgeklärt werden. Es fehle unter anderem an Forschung über die gesundheitlichen Langzeitwirkungen von Nanochemie, so die ExpertInnen. [es]

- ▶ www.kurzlink.de/skidev-nanotech
- ▶ www.bund.net/themen_und_projekte/nanotechnologie

Nanomaterialien

Registrierung unter REACH unzureichend

■ Die zweite Registrierungsphase der europäischen Chemikalienverordnung (REACH) ist zu Ende. Bis zum 31. Mai haben Europäische Unternehmen insgesamt 2.923 chemische Stoffe bei der EU-Chemikalienagentur (ECHA) gemeldet, darunter aber nur vier Nanomaterialien. Umweltverbände fordern daher bessere Methoden zur Erkennung, Erfassung und Überprüfung von Nanomaterialien. Auch die rheinland-pfälzische Landesregierung fordert in einer Bundesratsinitiative die Bundesregierung auf, sich für ein EU-weites Nanoregister starkzumachen.

Gegenüber dem Informationsdienst ChemicalWatch (CW) appellierten ECHA und verschiedene Umweltverbände an die EU-Kommission, die Registrierung von Nanomaterialien einheitlich zu regeln. „Die Statistik der aktuellen Chemikalienregistrierung zeigt, dass Nanomaterialien separat und in einem eigenen Verfahren erfasst werden müssen“, erklärte Vito Buonsante von der Umwelt-NGO ClientEarth.

Gleichzeitig äußerten zahlreiche Umweltverbände auch Zweifel hinsichtlich der Qualität der Daten in den eingereichten Registrierungs dossiers. „Wir erkennen die riesige Menge an Informationen an“, sagte Tatiana Santos, Chemikalienexpertin des Europäischen Umweltbüros (EEB) gegenüber CW. „Allerdings bedeutet die Einhaltung von REACH nicht nur die Registrierung von Stoffen, sondern auch das Bereitstellen von relevanten, verlässlichen und nachprüfbaren Informationen über ihre Sicherheit.“ [dh]

- ▶ Bundesratsinitiative: www.umwelt-online.de/PDFBR/2013/0344_2D13.pdf

Emissionen

Luftverschmutzung teuer und gesundheitsschädlich

■ Dänische WissenschaftlerInnen haben ein neues System entwickelt, um gesundheitsbezogene externe Kosten der Luftverschmutzung zu errechnen. In einer Ende Mai vorgestellten Studie zeigen die Wissenschaftler, dass Luftverschmutzung die Lebenserwartung der EuropäerInnen verkürzt und jährlich Kosten in Milliardenhöhe verursacht.

Die Auswirkungen der Luftverschmutzung auf die Gesundheit gibt die Studie in „verlorenen Lebensjahren“ an. Demnach bedeuten gesundheitsschädliche Emissionen jedes Jahr einen Verlust von 7,2 Millionen Lebensjahren in der EU. Gleichzeitig verursacht die Luftverschmutzung jährlich 766 Milliarden Euro gesundheitsrelevanter Kosten.

Nachhaltigkeit

A-Z



E wie wie Empathie

Jahrelang galt der »Homo oeconomicus« als Top-Modell für den menschlichen Charakter – jetzt bekommt er einen Gegenspieler: Helmut J. Wagners »Homo Empathicus« hat das Zeug zum Gewinner. In diesem Buch prüft er seinen ethischen Entwurf für die Bereiche Gesellschaft, Erziehung, Bildung und Politik und erläutert die dahinter stehende Theorie.

Eine human-ökologische Antwort auf die gegenwärtige Krise.

H. J. Wagner
Der Homo Empathicus
 Ein Leitbild für die humanökologische
 Neuordnung einer nachhaltigen Gesellschaft
 260 Seiten, broschiert, 29,95 Euro,
 ISBN 978-3-86581-432-6

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de

oekom

Die guten Seiten der Zukunft

Im Gegensatz zu früheren Verfahren erfasst die neue Methode auch die Verbreitung und den Transport von Emissionen durch die Luft sowie die mögliche Entstehung von anderen schädlichen Verbindungen. Mehr als 58 chemische Verbindungen und acht Klassen von Partikeln wurden geprüft. [dh]

► www.kurzlink.de/air-pollution-cost13

Grüne Woche 2013

Bessere Luft für Europa

■ Unter dem Motto „Saubere Luft für alle“ haben VertreterInnen aus Politik, Wirtschaft, NGOs, Wissenschaft und den Medien während der europäischen Grünen Woche vom 4. bis 7. Juni nach Ansätzen für eine bessere Luftreinhaltepolitik gesucht.

„Nach unseren neuesten Erhebungen starben 400.000 Europäer frühzeitig durch Luftverschmutzung in 2010. Schlechte Luftqualität bringt finanzielle Belastungen für das Gesundheitssystem, für Unternehmen durch verlorene Arbeitszeit und für die Wirtschaft allgemein mit sich“, erklärte EU-Umweltkommissar Janez Potočnik in seiner Eröffnungsrede. Zwar habe sich die Luftqualität in den letzten Jahrzehnten verbessert, die Gefahren für die Umwelt

und die menschliche Gesundheit gäben allerdings weiterhin Grund zur Sorge, so die EU-Kommission. Bis zum Herbst 2013 will die EU eine umfassende Überarbeitung der Luftqualitätspolitik vorlegen. Viele der rund 3.000 TeilnehmerInnen der diesjährigen Umweltkonferenz sahen in strengeren Luftqualitätsstandards aber nicht nur einen wirksamen Beitrag zum Umweltschutz. Eine verschärfte Luftreinhaltepolitik könnte auch Motor für neue wirtschaftliche Innovationen sein.

Die Umweltorganisation ClientEarth konnte im Ringen um eine verbesserte Luftqualität in Europa derweil einen juristischen Etappensieg feiern: Der britische Supreme Court gab einer Klage der NGO statt und stellte fest, dass die Regierung Großbritanniens zu wenig unternahme, um die BürgerInnen vor schädlichen Auswirkungen von Luftverschmutzung zu schützen und das entsprechende EU-Recht nicht ordnungsgemäß umsetze. Auch die EU-Kommission sollte nun rechtliche Schritte gegen das Vereinigte Königreich ergreifen, fordert daher ClientEarth. „Wir werden unseren Kampf weiterführen und unser Recht verteidigen, saubere Luft zu atmen“, sagte ClientEarth-Chef James Thornton. [es, dh]

- www.kurzlink.de/ptocnik-video-eu-air
- www.greenweek2013.eu/
- www.kurzlink.de/clientearth-airqual

Immissionsschutz

Neue Vorschriften für elektromagnetische Felder

■ Mitte Juni hat der Bundestag die Novelle der Bundesimmissionsschutzverordnung verabschiedet. Nachdem der Bundesrat die Änderungen schon im Mai abgesegnet hatte, kann das Gesetz im Juli in Kraft treten. Kern der neuen Vorschriften sind der präventive Schutz und Vorsorge vor möglichen Gesundheitsrisiken durch elektrische, magnetische und elektromagnetische Felder. Beispielsweise dürfen neue Stromtrassen Wohngebäude nicht mehr überspannen. Außerdem sollen elektrische und magnetische Felder beim zukünftigen Ausbau der Stromnetze minimiert werden.

Der BUND kritisierte die neue Bundesimmissionsschutzverordnung allerdings als unzureichend. Sie biete zu wenig Schutz vor elektromagnetischen Strahlen, die von Sendeanlagen und Hochspannungsleitungen ausgehen. „Es ist inakzeptabel, dass die lange bekannten negativen Auswirkungen elektromagnetischer Strahlungen auf die Gesundheit ausgeblendet werden und der Schutz der Bürgerinnen und Bürger vernachlässigt wird“, sagte der BUND-Elektromogexperte Wilfried Kühling. 2011 hatte die internationale Krebs-



Von Sachsen nach Rio – und zurück

Vor 300 Jahren formulierte der sächsische Oberberghauptmann Hans Carl von Carlowitz als Erster das Prinzip der Nachhaltigkeit. Auf Basis des Wissens seiner Vorfahren und mit erstaunlichem Weitblick entwickelte er darin bemerkenswert moderne Auffassungen zum Ausgleich zwischen Natur und Wirtschaft. Im vorliegenden Buch würdigen fünfzehn anerkannte Autoren verschiedenster Fachrichtungen das Werk des Hans Carl von Carlowitz und schlagen eine Brücke ins 21. Jahrhundert.

Sächsische Hans-Carl-von-Carlowitz-Gesellschaft (Hrsg.)
Die Erfindung der Nachhaltigkeit
 Leben, Werk und Wirkung des Hans Carl von Carlowitz
 288 Seiten, Broschur, 24,95 Euro, ISBN 978-3-86581-415-9
 Erhältlich bei www.oekom.de, oekom@verlegerdienst.de



Die guten Seiten der Zukunft

oekom

agentur der Weltgesundheitsorganisation elektromagnetische Strahlungen als möglicherweise krebserregend eingestuft. [dh]

- ▶ Wilfried Kühling, BUND, Tel. +49 (0)345 / 5526043, E-Mail: wilfried.kuehling@bund.net, www.bund.de
- ▶ www.kurzlink.de/novelle-bimschv-2013

GLOBALISIERUNG & EINE WELT

Nachhaltige Entwicklung

Grüne fordern universelle Ziele ab 2015

■ Mit den Millenniumsentwicklungszielen haben sich alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen dazu verpflichtet, bis 2015 insbesondere in Entwicklungsregionen Armut und Hunger zu bekämpfen und die Achtung der Menschenwürde zu verwirklichen. Für die Zeit nach 2015 forderte die Grünen-Bundestagsfraktion Anfang Juni eine „universell gültige Agenda von Entwicklungs- und Nachhaltigkeitszielen“.

Die Grünen appellierten an die Bundesregierung, sich in der UN für eine einheitliche Agenda und ein konkretes politisches Aktionsprogramm starkzumachen. Die Nachhaltigkeitsziele müssten für alle Staaten gelten und auch die planetarischen Grenzen der Erde klar aufzeigen, um die notwendige sozial-ökologische Transformation zu gestalten. [dh]

- ▶ www.kurzlink.de/grue-antr-ziele2015

Landrechte von Ureinwohnern

Hartnäckigkeit setzt sich durch

■ Die nationale Vertretung der indigenen Bevölkerung in Indonesien (AMAM) hat vor dem Verfassungsgericht des Landes einen Erfolg gefeiert: Indonesien muss

künftig die Landrechte der indigenen Bevölkerung akzeptieren. Außerdem dürfe die indonesische Regierung die entsprechenden Regionen nicht mehr als „staatliche Waldgebiete“ bezeichnen und an Plantagen- oder Holzfirmer verpachten. Das sei auch ein Erfolg für die Umwelt, da die Ureinwohner die Natur schützen und effektives Waldmanagement betreiben, so Rettet den Regenwald. Rund 40 Millionen indonesische Ureinwohner bewirtschaften und nutzen den Wald, ohne diesem zu schaden.

Die indonesische Umweltorganisation Walhi forderte die Regionalregierungen nun dazu auf, das Urteil möglichst schnell per Gesetz umzusetzen. [hk]

- ▶ www.regenwald.org/erfolge/5109/grosser-erfolg-in-indonesien

Düngermittelinsatz

Mehr Nachhaltigkeit gefordert

■ Der Einsatz von Mineraldünger wirkt sich folgeschwer auf die Bodenqualität und die Ernährungssicherung aus. Das geht aus einer gemeinsamen Studie der Heinrich-Böll-Stiftung und der Umweltorganisation WWF hervor. In dieser wird unter anderem die Forderung nach vermehrtem Düngereinsatz in Afrika kritisiert.

Die industrielle landwirtschaftliche Produktion sei auf der gesamten Welt der Hauptgrund für abnehmende Bodenfruchtbarkeit und Bodenzerstörung. Häufig erhoffe man sich von verstärktem Düngereinsatz eine schnelle Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion, senke dadurch aber die Fruchtbarkeit der Böden und verschärfe Nahrungsmittelkrisen in Entwicklungsregionen. Den Autoren der Studie zufolge sollten die Regierungen als Langzeitlösung auf Kompostierung oder tierischen Dünger setzen. Darüber hinaus sollten die Wiederherstellung und der Erhalt der Bodenfruchtbarkeit dringend mehr im Fokus stehen. [hk]

- ▶ www.kurzlink.de/wwfboell-duenger.pdf

Ausführliche Berichte und Hintergrundinformationen über Globalisierung & Eine Welt lesen Sie im vierteljährlichen Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung: www.forumue.de

KLIMA & ENERGIE

Klimawandel

Doch kein Streit – Forscher sind sich über Ursache einig

■ Die Debatte über den Einfluss des Menschen auf den Klimawandel gewinnt an Klarheit: 4.000 Studien zu diesem Thema aus den Jahren 1991 bis 2011 stimmen zu 97 Prozent überein, dass der Mensch als Verursacher der Klimaerwärmung anzusehen ist.

Ein Wissenschaftlerteam aus den USA, Australien und Kanada hat Arbeiten von 10.000 Forscherinnen und Forschern ausgewertet und deren Ergebnisse Mitte Mai in der Fachzeitschrift „Environmental Research Letters“ veröffentlicht. Damit sei der Einfluss des Menschen auf den Klimawandel für die überwältigende Mehrheit der Wissenschaft eindeutig belegt, betonten die Autoren in der Auswertung.

Allerdings gebe es eine auffällige Diskrepanz zwischen der öffentlichen Wahrnehmung und der Realität. Eine Umfrage unter US-amerikanischen Bürgern stellte fest, dass 60 Prozent von einem Streit in der Wissenschaft über die Ursachen des Klimawandels ausgehen würden. Dass der wissenschaftliche Konsens deutlich von der Öffentlichkeit wahrgenommen würde, sei aber ein entscheidendes Element und Voraussetzung für die öffentliche Unterstützung der Klimapolitik, betonten die Forscher. [es]

- ▶ Auswertung des Wissenschaftlerteams: www.kurzlink.de/Studie-iopscience

Klimawandel II**Rekord bei CO₂-Ausstoß**

■ Die Internationale Energieagentur (IEA) hat im Juni ihren Klimaschutz-Bericht vorgelegt. Darin warnt sie, dass ohne ein schnelles Umsteuern das Zwei-Grad-Ziel nicht mehr zu halten sei. 2012 wurden mit 31,6 Milliarden Tonnen so viele Treibhausgase ausgestoßen wie noch nie zuvor.

Die Emissionen stiegen vor allem in China und Japan; in Europa sanken sie wegen der Wirtschaftskrise um vier Prozent. Anders als im EU-Durchschnitt stiegen die Emissionen in Deutschland aufgrund der verstärkten Kohleverbrennung jedoch an. Den USA prophezeit die IEA ein baldiges Ende des Frackingbooms und lobte gleichzeitig deren Umstellung weg von Kohle zu Öl und Gas.

Um den Klimawandel noch aufzuhalten, empfiehlt die IEA Maßnahmen zur Energieeffizienz in Gebäuden, Verkehr und Industrie, eine Ende des Kohlezeitalters, die Halbierung der Methanemissionen bis 2020 und ein Ende der Subvention für fossile Energien. [am]

- www.worldenergyoutlook.org

DNR-Steckbrief**Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel**

■ Negative Folgen des Klimawandels müssen frühzeitig erkannt und behandelt werden. Sonst betragen die Mehrkosten laut der Europäischen Umweltagentur (EEA) 100 bis 250 Milliarden Euro jährlich im Zeitraum von 2020 bis 2050. Anpassungsmaßnahmen könnten die Schadenskosten um das Sechsfache minimieren. Die zentralen Inhalte der EU-Strategie zur Anpassung an den Klimawandel hat die DNR EU-Koordination in einem Steckbrief zusammengefasst. [es]

- www.eu-koordination.de/PDF/steckbrief-anpassung-2013.pdf

Emissionshandel**Überschuss von zwei Milliarden Zertifikaten**

■ Die Mitte Mai vorgestellten Daten des EU-Emissionshandelssystems haben Grund zur Freude, aber auch zur Sorge geliefert. Zwar konnten die Treibhausgasemissionen im Vergleich zum Vorjahr um zwei Prozent gesenkt werden, jedoch hat sich der Überschuss an Emissionszertifikaten verdoppelt.

Klimaschutzkommissarin Connie Hedegaard forderte deshalb: „Das Europäische Parlament und der Rat müssen rasch über eine vorübergehende Rücknahme von Zertifikaten vom Markt (Backloading) beschließen.“ Der Überschuss beläuft sich bereits auf fast zwei Milliarden Zertifikate. Grund hierfür war vor allem die übermäßig starke Inanspruchnahme von internationalen Gutschriften.

Der Emissionshandel schließt mehr als 12.000 Kraftwerke und Industrieanlagen in den 27 EU-Mitgliedstaaten, in Norwegen und Liechtenstein sowie seit 2012 auch die Emissionen von Fluggesellschaften mit ein. Die gemeldeten Emissionen aus dem Luftverkehr betragen 84 Millionen Tonnen. [es]

- Liste der Emissionen von 2011–2012: www.kurzlink.de/etsdata2013-06

EU-Energiegipfel**Gipfel des Billigstroms**

■ Energie soll nicht mehr nur nachhaltig sein, sondern vor allem billig. Das ist die Schlussfolgerung des Energiegipfels, zu dem sich die Staats- und Regierungschefs der EU Ende Mai in Brüssel getroffen haben.

In der Abschlusserklärung heißt es, dass in der Krise alles getan werden müsse, um die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern und die Wirtschaft zu stärken. Laut Ratspräsident Herman van Rompuy erfordert dies mehr Energieeffizienz, die Vollendung des Energiebinnenmarkts, Investitionen

von 1,3 Billionen Euro bis 2020 in Energieinfrastruktur und -forschung sowie eine Diversifizierung der Energiequellen.

Dabei rückte erneut das umstrittene Thema Fracking in den Vordergrund, als Methode, die Industrie mit billigem Gas zu versorgen. Die Kommission erhielt den Auftrag, die Energiepreise bis Ende des Jahres zu analysieren und einen Bericht vorzulegen.

Umweltverbände verurteilten die einseitige Konzentration der Diskussion auf die Kosten von Energie. Aus Sicht der NGOs ist Energieeffizienz das zentrale Mittel, um steigenden Energiepreisen vorzubeugen und gleichzeitig gegen die Umweltbelastung durch Energieförderung und -produktion vorzugehen. Sie begrüßten, dass sich die Staats- und Regierungschefs zur Energieeffizienz- und Gebäudeeffizienzrichtlinie bekannten und innovative Finanzierungsmöglichkeiten für Energieeffizienz auf den Weg gebracht werden sollen. „Das ist ein klarer Auftrag an Wirtschaftsminister Philipp Rösler, die Energieeffizienzrichtlinie ehrgeizig umzusetzen“, sagte Stefanie Langkamp vom Deutschen Naturschutzring. [sl]

- Schlussfolgerungen des Gipfels: www.kurzlink.de/energiegipfel2013
- Deutscher Naturschutzring, EU-Energieexpertin Stefanie Langkamp, Berlin, +49 (0)30 / 6781775-79, stefanie.langkamp@dnr.de

EU-Effizienzrichtlinie**Schwache Umsetzung**

■ Die EU-Kommission hat Deutschlands Pläne zur Senkung des Energieverbrauchs stark kritisiert. Das berichtete die Frankfurter Allgemeine Zeitung Anfang Juni. Maßnahmen wie das Erneuerbare-Energien-Gesetz, die Lkw-Maut und Netzentgelte, trügen laut Kommission nicht direkt zur Einsparung von Energie bei. Die Bundesregierung solle daher Instrumente ausbauen, die tatsächlich zu einer Steigerung der Energieeffizienz führten. Hierzu gehöre beispielsweise auch die energetische Gebäudesanierung.

Eine Studie der Coalition of Energy Savings hat derweil gezeigt, dass die Energiesparziele der Mitgliedstaaten nicht ausreichen, um den Primärenergieverbrauch bis 2020 um 20 Prozent zu senken.

Die Allianz aus Unternehmen, Zivilgesellschaft und Wissenschaft hat 18 Ziele evaluiert, die die Staaten im Rahmen der Nationalen Reformprogramme an die EU-Kommission übermittelten. Demnach werde das EU-Ziel um drei Prozent verfehlt. Das entspricht ungefähr dem jährlichen Energieverbrauch Belgiens. Mitgliedstaaten mussten bis zum 30. April ihre Energiesparziele bei der EU-Kommission einreichen, um die Vorgaben der EU-Energieeffizienzrichtlinie zu erfüllen. [lr, es]

► www.energycoalition.eu

Solkraft

Handelsstreit mit China

■ Die EU-Kommission hat Anfang Juni vorläufige Strafzölle auf chinesische Solarmodule verhängt. Sie hält es für erwiesen, dass chinesische Firmen Solarzellen weit unter dem Marktpreis in Europa verkaufen. Das schade europäischen Solarherstellern. Nach Angaben der Kommission müssten die Preise für chinesische Solarmodule um 88 Prozent höher sein als es aktuell der Fall ist. Die Strafzölle von elf Prozent gelten seit dem 6. Juni. Sollte bis zum August keine Einigung mit China erzielt werden, will die Kommission die Einfuhrgebühren auf durchschnittlich 48 Prozent erhöhen.

Die Bundesregierung hatte zuvor versucht, die Entscheidung zu verhindern. Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler befürchtet einen Handelskrieg mit China, der auch auf andere Wirtschaftszweige übergreifen könnte. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel warnte vor einer Eskalation des Streits. Unter deutschen Solarfirmen ist die Maßnahme umstritten. Der Bundesverband der Solarwirtschaft steht der Entscheidung der EU-Kommission daher neutral gegenüber. [am]

► www.kurzlink.de/com-solar-chin-4613

Energiewende I

Lob und Tadel

■ Vor fünf Jahren kritisierte die Internationale Energieagentur (IEA) den deutschen Atomausstieg noch scharf. In ihrem neuen Länderbericht hält sie die Energiewende für „ehrgeizig, aber machbar“.

Die Energiewende sei internationales Vorbild, lobte die IEA. Allerdings müsse Deutschland aufpassen, die Kosten fair zu verteilen. „Die Tatsache, dass die deutschen Strompreise trotz relativ niedriger Großhandelspreise zu den höchsten in Europa gehören, muss als Warnsignal gesehen werden“, sagte IEA-Direktorin Maria van der Hoeven bei der Vorlage des Berichts in Berlin. Die Energieagentur schlägt vor, Steuerbegünstigungen für die Industrie zu beschränken.

Weitere Kritik gab es am Emissionshandel. Die Bundesregierung engagiere sich nicht genug, um den derzeit niedrigen Preis von CO₂-Zertifikaten zu erhöhen. Van der Hoeven warnte, dass dadurch Braun- und Steinkohleverstromung weiter ansteigen könnten. Außerdem müsse Deutschland energiepolitische Entscheidungen stärker in den europäischen Kontext stellen und mit Nachbarländern absprechen. Die Energiewende funktioniere nicht im Alleingang, so das Fazit der IEA. [es]

► IEA-Report (englisch): www.kurzlink.de/IEA-Energiewende

Energiewende II

Altmaier gründet Staatenclub

■ Anfang Juni hat Bundesumweltminister Peter Altmaier (CDU) offiziell den Club der Energiewendestaaten in Berlin vorgestellt. Der Zusammenschluss aus zehn Staaten sowie dem Generaldirektor der Internationalen Organisation für Erneuerbare Energien (IRENA) möchte den Ausbau erneuerbarer Energien vorantreiben und durch die Initiative eine Vorreiterrolle einnehmen. Interessant ist hier besonders die Konstellation der Energiewende-Willigen: Neben Deutschland ge-

hören auch Dänemark, Großbritannien, Frankreich, China, Indien, Südafrika, Marokko, die Vereinigten Arabischen Emirate und Tonga dazu. Hermann Ott, Sprecher für Klimapolitik der Grünen sagte hierzu: „Dieser Club darf nicht nur ein weiterer Quatschclub sein, wo sich Gelegenheiten für gesellige Zusammenkünfte und nette Fotos ergeben.“ Umweltminister Altmaier stehe in der Pflicht, aufzuzeigen, ob sein „Club der Energiewendestaaten“ klimapolitische Ergebnisse liefern kann, so Ott weiter. Das nächste Treffen des Clubs ist für Januar 2014 geplant. [lr]

► www.kurzlink.de/bmu-pm-club
 ► www.kurzlink.de/gp-magazin-club

Energieversorgung

Neue Energie für Berlin

■ Das Volksbegehren zur Rekommunialisierung der Berliner Energieversorgung hat die zweite Stufe erfolgreich gemeistert. Rund 265.000 Unterschriften sammelten die vielen Freiwilligen des Berliner Energietischs bis zum 10. Juni. 200.000 Unterschriften waren die Zielmarke gewesen, um sicherzugehen, dass das Quorum von mindestens 174.000 gültigen Zeichnungen auf jeden Fall erreicht wird. Das amtliche Ergebnis hat die Landeswahlleiterin bis zum 24. Juni vorgelegt. Nachdem die Unterschriftenzahlen zunächst nur schleppend stiegen, legte das Volksbegehren in den letzten drei Wochen einen Endspurt hin. Damit ist der Weg frei für eine Volksabstimmung, die – wenn es nach den Initiatoren geht – gemeinsam mit der Bundestagswahl am 22. September stattfinden soll.

Die Initiatoren des Volksbegehrens wollen, dass das Land Berlin sein Stromnetz vom Energiekonzern Vattenfall zurückkauft. Außerdem soll das Land wieder ein Stadtwerk gründen, das Ökostrom produziert, soziale Stromtarife anbietet und weitgehende demokratische Mitbestimmung der BürgerInnen vorsieht. [am]

► www.berliner-energietisch.net

Netzausbau**Bundesbedarfsplan beschlossen**

■ Anfang Juni hat der Bundesrat grünes Licht für den Bundesbedarfsplan zum Ausbau der Hochspannungsnetze gegeben. Die vier deutschen Übertragungsnetzbetreiber können nun Anträge auf Genehmigung neuer Trassen bei der Bundesnetzagentur stellen. Der BUND kritisierte den Entwurf des Bundesbedarfsplangesetzes scharf. Die Planungen seien überzogen und widersprächen europäischen Umweltvorschriften. Daher hat der BUND auch Beschwerde bei der EU-Kommission eingelegt. „Der mit dem Gesetz verordnete Netzausbau geht weit über den tatsächlichen Bedarf hinaus und ist viel zu stark auf den Ausbau von Windparks in Nord- und Ostsee ausgerichtet“, so Hubert Weiger, der Vorsitzende des BUND. [lr]

- ▶ www.kurzlink.de/bund-netzausbau
- ▶ www.kurzlink.de/br-netzausbau

Biokraftstoffe**Irland setzt auf die zweite Generation**

■ Die irische EU-Ratspräsidentschaft hat Ende Mai vorgeschlagen, den geplanten Fünf-Prozent-Deckel für Biokraftstoffe aus Nahrungspflanzen aufzuweichen. Mit dieser Reduzierung wollte die EU-Kommission die Auswirkungen indirekter Landnutzungsänderungen (ILUC) einschränken. Die Mitgliedstaaten unterstützen die Pläne aber nicht. Die Ratspräsidentschaft präsentierte den Fortschrittsbericht zu den laufenden Verhandlungen der Biokraftstoffregelung im Juni den Ministerräten für Energie und Umwelt. Eine Einigung wurde aber nicht mehr unter irischer Ratspräsidentschaft erwartet.

Statt einer Begrenzung konventioneller Biokraftstoffe fordert die irische Ratspräsidentschaft nun, mindestens zwei Prozent aus Biokraftstoffen der zweiten Generation

zu gewinnen. Sie kommt damit den Forderungen einer Gruppe von Erzeugern nachhaltiger Biokraftstoffe von Anfang Mai nach. Für die Produktion solcher Biokraftstoffe wird die gesamte Pflanze verwendet. Bei konventionellen Biokraftstoffen hingegen sind es meistens nur die Früchte, der Rest wird zu Futtermittel verarbeitet. [es]

- ▶ Fortschrittsbericht Ratspräsidentschaft: www.kurzlink.de/ire-biofuel-prog0513

Nachtspeicheröfen**Verbot aufgehoben**

■ Teure Stromfresser für die Energiewende? Mit der Aufhebung des Verbots von Nachtspeicheröfen ist dieser ineffizienten Heizform wieder die Tür geöffnet. Der Bundestag beschloss Ende Mai mit den Stimmen von CDU/ CSU und FDP, dass die rund 1,6 Millionen Nachtspeicherheizungen auch nach 2019 weiterlaufen dürfen. Anfang Juni stimmte auch der Bundesrat zu – unter anderem mit Zustimmung des rot-rot regierten Brandenburgs. Und das, obwohl die große Koalition 2009 ein schrittweises Verbot dieser Heizungen angeordnet hatte, um Energie zu sparen und das Klima zu schützen.

Die einst massenhaft installierten Geräte gelten seit Jahrzehnten als Klimakiller, die meist mit Braunkohlestrom befeuert werden. Geht es nach dem Energiekonzern RWE, sollen sie nun als flexible Stromspeicher genutzt werden, um überschüssige Strommengen aus regenerativen Energien aufzunehmen.

Umweltschützer bezeichnen den Beschluss als Lobbygeschenk für RWE, da Nachtspeicheröfen das Energiesparen behindern statt fördern. Laut der Deutschen Umwelthilfe sind sie verantwortlich „für eine gewaltige Stromverschwendung von 10 bis 15 Terawattstunden (TWh) – das entspricht rund zwei bis drei Prozent des nationalen Strombedarfs“. [es, am]

- ▶ www.kurzlink.de/duh-nachtoefen
- ▶ www.kurzlink.de/welt-nachtoefen

Nachhaltigkeit**A-Z****Wie Interaktionsforschung**

Die Zukunft gestalten wir alle gemeinsam. Unsere Kultur kann jedoch besser oder schlechter den Rahmen für die Prozesse bieten, in denen Politik und Zivilgesellschaft in Dialog treten und einen Weg zur nachhaltigen Entwicklung suchen. In diesem Buch kommen politische Akteure und BürgerInnen zu Wort, nennen Hindernisse und Randbedingungen für gelebte Zukunftsfähigkeit. Es beschreibt den möglichen Transformationsprozess hin zu einer Kultur der Nachhaltigkeit.

R. Trattnigg, T. Haderlapp
Zukunftsfähigkeit ist eine Frage der Kultur
Hemmnisse, Widersprüche, Gelingensfaktoren des kulturellen Wandels

702 Seiten, Hardcover, 44,95 Euro,
ISBN 978-3-86581-413-5

Erhältlich bei
www.oekom.de
oekom@verlegerdienst.de

oekom

Die guten Seiten der Zukunft

Fracking

Weiter unreguliert

■ „Keine Chemie ins Grundwasser!“ ist die Forderung vieler Umweltaktivisten, wenn es um das Thema Fracking ging. Die Bundesregierung tat sich mit der Einigung auf ein verschärftes Gesetz zur Schiefergasförderung schwer – Anfang Juni scheiterten die Bemühungen offiziell. Umweltminister Peter Altmaier gab bekannt, dass der Gesetzesentwurf in dieser Wahlperiode nicht mehr in den Bundestag eingebracht werde.

Die rechtliche Lage von Fracking in Deutschland bleibt somit weiterhin offen. Auf dem Papier ist der Einsatz der Technologie nicht an Bedingungen geknüpft. Union und FDP ziehen als Notfallregelung ein vorläufiges Moratorium in Betracht. Dies hatten bereits mehrere Umweltverbände in einem Positionspapier gefordert. Auch der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) warnte in seiner Stellungnahme vor den Gefahren des Frackings. Eine groß angelegte Ausbeutung von Schiefergasvorkommen wie in Nordamerika sei in Deutschland weder ökonomisch noch ökologisch sinnvoll, erklärte das Beratergremium. Es fehle an handfesten Analysen zu den Umweltauswirkungen sowie zu der Klimabilanz der Methode.

Unterdessen hat eine Konsultation der EU-Kommission ergeben, dass sich die Mehrheit der Stakeholder für eine EU-weite rechtliche Regelung zu Schiefergasbohrungen ausspricht. Laut Kommission habe es unterschiedliche Meinungen in der Konsultation gegeben, ob und wie sich die Förderung von unkonventionellen Gasvorkommen in der EU entwickeln soll. Viele Beiträge hätten das Fehlen eines europäischen Rechtsrahmens aber als negativ bezeichnet. Die EU-Kommission will gegen Jahresende Vorschläge zu Fracking präsentieren. [es, am]

- ▶ Stellungnahme des SRU: www.kurzlink.de/SRU-Fracking
- ▶ Gesetzesentwurf vom BUND: www.kurzlink.de/bund-fracking-verbot
- ▶ Ergebnisse EU-Konsultation: www.kurzlink.de/kons-frack-erg-10061

Endlagersuche

Zwischenlagerung vertrag, Gesetz gerettet

■ Das geplante Endlagersuchgesetz wird doch noch vor den Wahlen kommen. Nachdem ein Scheitern schon absehbar schien, weil sich die schwarz-gelb regierten Länder weigerten, einige der noch vor der Rücküberführung stehenden Castoren aus Frankreich und Schottland in ihren Zwischenlagern aufzunehmen, haben sich die Bundesländer und Bundesumweltminister Peter Altmaier Mitte Juni auf einen Kompromiss verständigt. So soll erst Anfang 2014 entschieden werden, welche Zwischenlager es geben soll, bis ein Endlager gefunden ist. Dass weitere Castoren nach Gorleben rollen werden, wurde im Gesetzesentwurf ausgeschlossen, um die Glaubwürdigkeit der ergebnisoffenen Suche nach einem Endlager zu demonstrieren. Bisher haben sich aber nur Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg bereit erklärt, Castoren zwischenzulagern. [am]

- ▶ www.kurzlink.de/faz-endlager-130613

KONSUM & VERBRAUCHERSCHUTZ

Sichere Nahrung

50 Prozent gefährliche Lebensmittel zurückgewiesen

■ Fast 8.800 Meldungen über das Europäische Schnellwarnsystem für Lebens- und Futtermittel (RASFF) haben im vergangenen Jahr dafür gesorgt, dass etwa die Hälfte der gemeldeten Produkte nicht auf den EU-Markt gelangten. Das geht aus dem RASFF-Jahresbericht 2012 hervor, der im Juni veröffentlicht wurde.

Seit 1979 ermöglicht das RASFF-System den schnellen Austausch zwischen den Mitgliedstaaten und der EU-Kommission für den Fall, dass in der Lebens- und Futtermittelkette ein Gesundheitsrisiko für

Menschen festgestellt wird. Durch das System konnten zahlreiche Gefahren für Verbraucherinnen und Verbraucher abgewendet werden. Deutschland warnte vergangenes Jahr 362 Mal vor schädlichen Produkten, zum Beispiel vor aus China importierten kontaminierten Erdbeeren.

EU-Verbraucherkommissar Tonio Borg kündigte eine Erweiterung des Systems an. So sollen künftig auch Informationen über Lebensmittelbetrug mithilfe des RASFF ausgetauscht werden. Grund dafür sind die Lebensmittelskandale der vergangenen Monate, unter anderem der Betrug mit als Rindfleisch deklariertem Pferdefleisch. [mbu]

- ▶ www.ec.europa.eu/food/food/rapidalert/docs/rasff_annual_report_2012_en.pdf

Produktsicherheit

Spielzeug in Deutschland mit weniger Gift als die EU erlaubt

■ Deutschland darf seine bisher geltenden, strengeren Grenzwerte für bestimmte Schwermetalle in Spielsachen vorerst weiter anwenden. Das entschied das Gericht der Europäischen Union (EuG) im Mai.

Der Präsident des EuG verpflichtete die EU-Kommission, bis zum Abschluss des Gerichtsverfahrens, Deutschland zu erlauben, seine mitgeteilten Grenzwerte für Antimon, Arsen, Quecksilber, Barium und Blei beizubehalten. Das Gericht bewertete damit das Interesse Deutschlands an der vorläufigen Beibehaltung seiner Grenzwerte höher als das Interesse der Kommission an der Abweisung des Eilantrags.

2009 hatte die EU eine neue Spielzeugrichtlinie erlassen, in der neue Höchstgrenzen für den Gehalt bestimmter chemischer Stoffe in Spielzeug festgelegt wurden. Deutschland hatte gegen die Richtlinie gestimmt und bei der EU-Kommission beantragt, seine strengeren Grenzwerte beibehalten zu dürfen, da diese einen höheren Schutz böten. 2012 stimmte die Kommission einer Übergangsregelung für die deutschen Grenzwerte für Blei und Ba-

rium zu. Für Antimon, Arsen und Quecksilber lehnte sie den Antrag ab. Die Übergangsregelung läuft am 21. Juli aus. [mbu]

► www.europa.eu/rapid (Reference: CJE/13/59)

Kennzeichen

Blauer Engel wirbt für mehr Verbrauchervertrauen

■ Wer einen umweltfreundlichen Staubsauger kaufen will, kann in Zukunft leichter seine Entscheidung treffen. Mit dem Umweltzeichen „Blauer Engel“ sollen nämlich solche Geräte gekennzeichnet werden, die wenig Energie verbrauchen, viel Staub aufnehmen und wenig ausstoßen. Das beschloss die Jury Umweltzeichen im Juni.

Geräte mit der entsprechenden Kennzeichnung sind auch recyclinggerecht konstruiert und geräuscharm. Bisher gibt es für Staubsauger kein EU-Energielabel, das Kunden über die Energieeffizienzklasse informiert.

Das bewährte Logo „Blauer Engel“ hilft Verbraucherinnen und Verbrauchern seit 35 Jahren beim Einkauf umweltfreundlicher Produkte. [mbu]

► www.kurzlink.de/blauer-engel-staub

LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

EU-Agrarreform

Grünere und gerechtere Landwirtschaft ab 2014?

■ Bis Ende Juni (nach Redaktionsschluss) sollte die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik in trockenen Tüchern sein. In dem Reformpaket wird festgelegt, wie die EU in der kommenden Haushaltsperiode ab 2014 die Gelder für die Landwirtschaft ausgibt. Es geht um fast 60 Milliarden Euro, den größten Posten im EU-Budget.

Seit Ende April haben sich die Unterhändler des EU-Parlaments, des EU-Rates und der EU-Kommission mehrmals getroffen, um Kompromisse für ihre unterschiedlichen Positionen zu finden. Aber auch nach diesen zahlreichen Trilogien war bis Redaktionsschluss noch keine Einigung in allen Punkten gefunden.

Umstritten ist vor allem noch die ungleiche Verteilung der direkten Agrarsubventionen an die Landwirte in den Mitgliedstaaten. EU-Agrarkommissar Dacian Cioloș will die Zahlungen innerhalb der Europäischen Union stärker angleichen. Er könne nicht akzeptieren, dass es am Ende immer noch einige Regionen gebe, wo ein

Bauer 50 Euro pro Hektar bekomme und ein anderer tausend, sagte Cioloș.

Einig sind sich offenbar alle Beteiligten über das Greening, also die Koppelung der Subventionszahlungen an Umweltauflagen. Allerdings gibt es unterschiedliche Auffassungen darüber, wie dies im Einzelnen umgesetzt werden soll (siehe umwelt aktuell 04.2013, S. 15). [mbu]

► www.ec.europa.eu/agriculture/cap-post-2013

Ländliche Entwicklung

20 Prozent weniger Geld für Agrarumweltmaßnahmen?

■ Von 2014 bis 2020 wird Deutschland rund ein Fünftel weniger an EU-Mitteln für die ländliche Entwicklung zur Verfügung haben. Das geht aus Zahlen der Europäischen Kommission hervor. Demnach erhält die Bundesrepublik in den kommenden sieben Jahren nur noch 7,3 Milliarden Euro statt neun Milliarden wie in den vergangenen sieben Jahren.

Die veröffentlichten Zahlen sind jedoch nur vorläufig. Endgültig entschieden wird erst, wenn sich Rat und Parlament auf den mehrjährigen Finanzrahmen geeinigt haben. Diese Abstimmung ist für Ende Juni



Slow Food®

Magazin

Genießen mit Verstand

Wissen Sie, wo Ihre Milch herkommt? Kennen Sie Ihren Metzger persönlich? Können Sie eine Räucherfischpfanne zubereiten? Haben Sie schon einmal echte Alblinsen, Ahle Wurscht aus Nordhessen oder ein Ramelsloher Blaubein probiert?

Das *Slow Food Magazin* bringt Ihnen die Welt der Lebensmittel näher – getreu dem Motto „gut, sauber und fair“. Lassen Sie sich kulinarisch inspirieren, lassen Sie sich mitnehmen auf *Genussreise* und ins *Geschmackslabor* – und erfahren Sie außerdem, warum Essen politisch ist!

Testen Sie das *Slow Food Magazin* im günstigen Probeabonnement:

Drei Ausgaben für nur 10 Euro. Sie werden auf den Geschmack kommen!

Erhältlich bei: www.oekom.de/slowfood, slowfood@oekom.de

oekom
verlag



angesetzt. Cornelia Behm, Sprecherin für ländliche Entwicklung der Bundestagsfraktion der Grünen, kritisierte die geplante ELER-Kürzung. Sie plädiert dafür, 15 Prozent der Direktzahlungen in die ländliche Entwicklung zu verlagern. Nur so könnten die Ziele der Nachhaltigkeits- und Klimaschutzstrategien der Bundesregierung erreicht und die Wünsche der Verbraucherinnen und Verbraucher nach mehr ökologischen Produkten und mehr Tier- und Umweltschutz in der Landwirtschaft erfüllt werden. [mbu]

► www.kurzlink.de/behm-elerfonds2014

Bienenschutz

Kommission verbietet drei bienenschädliche Pestizide

■ Ab Dezember ist der Einsatz von drei sogenannten Neonicotinoiden verboten, die für das EU-weite Bienensterben mit verantwortlich sind. Nachdem der EU-Ministerrat im April in der Sache keine qualifizierte Mehrheit erzielt hatte, beschloss die Kommission Ende Mai das Verbot.

Chlotianidin, Imidacloprid und Thiametoxam werden zur Behandlung von Pflanzen verwendet, die auch Bienen anziehen. Die Europäische Lebensmittelbehörde EFSA hatte festgestellt, dass die Substanzen ein hohes Risiko für Bienen bedeuten und Ursache für den Rückgang der Bienenvölker sind. Damit begründet der EU-Kommissar für Gesundheit und Verbraucherschutz Tonio Borg die Maßnahme. „Bienen produzieren nicht nur Honig, sondern sorgen in erster Linie für die Bestäubung. Etwa 80 Prozent der Bestäubung erfolgt durch Bienen, und zwar auf natürliche Weise und gratis“, sagte Borg.

Der agrarpolitische Sprecher der Grünenfraktion im EU-Parlament Martin Häusling lobte den Beschluss der Kommission. Gleichzeitig bemängelte er, dass „das Verbot auf zwei Jahre befristet ist und andere Schadstoffe, die verdächtigt werden für das Bienensterben verantwortlich zu sein, weiter erlaubt bleiben“.

Unterdessen veröffentlichte die EFSA eine Risikobewertung für das Insektizid Fipronil. Demnach stellt auch dieses Pflanzenschutzmittel ein hohes akutes Risiko für Honigbienen dar, wenn es zur Saatgutbehandlung von Mais eingesetzt wird. Fipronil ist ein Breitbandinsektizid, das zur Kontrolle verschiedener Bodeninsekten während der Phase des Larvenwachstums verwendet wird. [mbu]

- Neonicotinoidverbot EU-Kommission: www.europa.eu/rapid (Reference: IP/13/457)
- Grüne im EU-Parlament: www.greens-efa.eu/de
- EFSA-Risikobewertung Fipronil: www.efsa.europa.eu/de/press/news/130527.htm

Patentrecht

Kann Brokkoli neu erfunden werden?

■ Das Europäische Patentamt (EPA) hat Mitte Juni der Firma Seminis, einer Tochterfirma des Agrarkonzerns Monsanto, ein Patent auf eine konventionell gezüchtete Pflanze erteilt. Es ist ein Brokkoli, dessen Kopf angeblich höher als üblich wächst und dadurch leichter geerntet werden kann.

Die Agrarfirma Seminis ließ sich den Brokkoli als Erfindung eintragen. Das Patent gilt auch für das Saatgut und die Ernte. Aus Sicht der Initiative „Keine Patente auf Saatgut!“ ist das herkömmlich gezüchtete Gemüse aber kein „geistiges Eigentum“. Laut EU-Recht sind solche Patente sogar verboten.

Seit Langem kritisieren Umwelt-, Landwirtschafts- und Verbraucherorganisationen die Praxis des EPA, die entsprechende EU-Richtlinie anders zu interpretieren, und fordern eindeutige Rechtsvorschriften. „Keine Patente auf Saatgut!“ hat eine Unterschriftenaktion gegen das Patent gestartet. [mbu]

- Patent auf Seminis-Brokkoli (PDF): www.kurzlink.de/brokkolipatentseminis
- Unterschriftenaktion gegen Brokkolipatent: www.no-patents-on-seeds.org/de/aktion/einspruch-unterzeichnen

Ackergifte

Mehr als zwei Drittel deutsche Großstädter belastet

■ Bei Großstadtbewohnern aus 18 europäischen Staaten wurde das Unkrautvernichtungsmittel Glyphosat im Körper nachgewiesen. Das geht aus einer Untersuchung des Bunds für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND) und dessen europäischem Dachverband Friends of the Earth (FoE) hervor.

Das Herbizid Glyphosat wird auf Getreideäckern gespritzt, um die Ernte zu erleichtern. Es steht unter Verdacht, bei Menschen und Tieren das Erbgut zu schädigen und Krankheiten wie Krebs auszulösen. Die Hersteller beteuern stets, dass sich das Pflanzengift nicht in der Nahrungskette anreichert.

Die Studie beweist das Gegenteil. Im vergangenen Frühjahr ließen der BUND und FoE Urinproben von insgesamt 182 Stadtbewohnern aus 18 Ländern auf Glyphosat analysieren. Sieben von zehn Großstadtbewohnern in Deutschland hatten den Stoff im Urin. Und das, obwohl die Untersuchten nach eigenen Angaben selbst kein Glyphosat in ihrem Garten eingesetzt hatten. Woher die Rückstände kommen, muss laut BUND genauer untersucht werden.

Die Zeitschrift Ökotest hat Mehl, Haferflocken und Backwaren auf Glyphosat untersuchen lassen und wurde in 14 von 20 Proben fündig. Die Analysen ergaben, dass Glyphosat die Backtemperaturen übersteht, denn acht der zehn untersuchten Brötchen waren mit dem Pflanzengift belastet. Ökotest kritisierte, dass kaum Untersuchungen auf Spuren des am häufigsten eingesetzten Pestizids der Welt durchgeführt würden. Der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger forderte, in der EU den Anbau von glyphosatresistenten Gentechnikpflanzen nicht zu genehmigen. [mbu]

- BUND-Studie: www.kurzlink.de/bund-glyphosat2013
- Ökotestuntersuchung Glyphosat in Getreideprodukten: www.oekotest.de/cgi/index.cgi?artnr=102072&bernr=04

Genpflanzung**Neuer Genmais für die EU?**

■ Möglicherweise wird in der Europäischen Union bald der Import einer gentechnisch veränderten Maissorte erlaubt, deren Risikobewertung umstritten ist. Bei der Abstimmung im EU-Ministerrat am 10. Juni über die Genehmigung für den gentechnisch veränderten „SmartStax“-Mais gab es ein Patt.

Gibt es in der zweiten Abstimmungsrunde wieder keine Mehrheit, könnte die Europäische Kommission den Genmais als Futter- und Lebensmittel zulassen. Die Maissorte SmartStax der US-Agrarkonzerne Monsanto und Dow ist gegen zwei Spritzmittel resistent und produziert selbst mehrere Insektengifte. Die Europäische Lebensmittelbehörde EFSA bewertete SmartStax positiv.

Das Institut Testbiotech hingegen sieht in den Unterlagen der Industrie noch nicht einmal die wissenschaftlichen Mindeststandards erfüllt. Demnach wurden Kombinationswirkungen der Gifte, die der Mais selbst produziert, und der Spritzmittelrückstände nicht untersucht. Bisher ist in der EU lediglich die Genmaissorte MON810 zugelassen.

Allerdings befürchtet Testbiotech, dass der SmartStax-Mais bereits illegal nach Europa gelangt sein könnte. Wegen der verschiedenen eingebauten Gene sei Smartstax bei Kontrollen nur sehr schwer von anderen gentechnisch veränderten Maissorten zu unterscheiden. Die importierte Ware wandert in der EU größtenteils in Futtertröge.

Dabei bringt der Anbau von Genmais den Landwirten in Europa keine Vorteile. Zu diesem Schluss kommt eine aktuelle Studie der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich. Den Wissenschaftlern zufolge lagen die Erträge von Maisfeldern in Spanien und den USA, wo Genmais angebaut wird, unter denen der Schweiz, Österreichs und Deutschlands. [mbu]

- ▶ Testbiotech zu SmartStax: www.testbiotech.de/node/816
- ▶ Kurzfassung der Schweizer Studie (engl.): www.enveurope.com/content/25/1/12/abstract

NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

Biodiversität**Paneuropäische Plattform**

■ Auf der sechsten europäischen Biodiversitätskonferenz des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) im April in Batumi in Georgien haben VertreterInnen osteuropäischer Anrainerstaaten und der EU Maßnahmen zum Aufhalten des Rückgangs der globalen Biodiversität besprochen.

Die TeilnehmerInnen der Konferenz entschieden, eine paneuropäische Biodiversitätsplattform zu gründen. Diese soll die paneuropäische Strategie über die biologische und landschaftliche Vielfalt (PEBLDS) ablösen. Die PEBLDS wurde 2011 in Genf zur Umsetzung der paneuropäischen Biodiversitätsstrategie 2020 beschlossen. Das UNEP wird die neue paneuropäische Biodiversitätsplattform mit einem Sekretariat unterstützen.

Die Länder aus der Region werden nun nationale Biodiversitätspläne erarbeiten, um die Biodiversitätskonvention der Vereinten Nationen umzusetzen und den Rückgang der Artenvielfalt zu bekämpfen.

Die TeilnehmerInnen beschlossen ferner, einen federführenden Ausschuss zu gründen, der die Zukunft der paneuropäischen Zusammenarbeit zur Biodiversität leiten soll. Dieser Ausschuss muss nun besetzt werden. Er soll dann ein Arbeitsprogramm zur Umsetzung der Biodiversitätskonvention festlegen. [ej]

- ▶ Zusammenfassung der UNEP: www.kurzlink.de/paneubdstr

Naturschutzprogramm LIFE**Bund will EU-Förderung stutzen**

■ Die Bundesregierung unterstützt nun doch die Kürzungspläne der EU-Kommission für das LIFE-Programm. Bis vor

Kurzem wollte sie sich noch für eine Aufstockung der Förderung von Naturschutzprojekten einsetzen.

Der Kurswechsel der Regierung geht laut Naturschutzbund Deutschland (NABU) aus der Antwort von Umweltstaatssekretärin Ursula Heinen-Esser auf eine Kleine Anfrage der Grünen-Bundtagsfraktion hervor. Würden die Vorschläge umgesetzt, stünden für Naturschutzprojekte in Europa etwa sieben Prozent weniger Mittel zur Verfügung.

Im LIFE-Programm der EU können Fördermittel für Naturschutzprojekte beantragt werden. Die EU stellt dafür derzeit 959 Millionen Euro zur Verfügung. Nach Plänen der EU-Kommission soll dieser Posten in der nächsten Haushaltsperiode von 2014 bis 2020 um 65 Millionen Euro auf 894 Millionen Euro reduziert werden.

Bundestag, Bundesrat und das Bundesumweltministerium sprachen sich vergangenes Jahr für eine deutliche Aufstockung der Naturschutzförderung im LIFE-Programm aus.

Umweltverbände kritisieren die Kehrtwende der Bundesregierung. Der NABU fordert die Abgeordneten des EU-Parlaments auf, sich für eine Umverteilung der Fördermittel einzusetzen. „Dies ist ein Schlag ins Gesicht all derjenigen, die in ganz Europa noch an den Einsatz der deutschen Regierung für einen umweltfreundlicheren EU-Haushalt geglaubt haben. Die Bundesregierung legt beim Naturschutz jetzt den Rückwärtsgang ein“, sagte NABU-Präsident Olaf Tschimpke. [ej]

- ▶ Stellungnahme NABU: www.kurzlink.de/pmnabulifekr
- ▶ LIFE-Programm der EU: www.kurzlink.de/leclifep

Natura 2000**Mehr Gebiete in Österreich**

■ Die EU-Kommission fordert Österreich seit Längerem auf, mehr Gebiete als Natura-2000-Schutzgebiete auszuweisen. Ende Mai hat die Kommission in diesem Zusammenhang ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet. Der Umweltdachverband des

Alpenstaates rechnet damit, dass 50 bis 100 Gebiete ausgewiesen werden müssen. [mbu]

► www.umweltdachverband.at

Nationales Naturerbe

16.000 Hektar neue Flächen

■ Ende Mai hat der Bund 16.000 Hektar Naturschutzflächen unentgeltlich an die Deutsche Bundesstiftung Umwelt (DBU) übertragen. Bundesumweltminister Peter Altmaier unterzeichnete mit Vertretern der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) und der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) den Rahmenvertrag zur Übergabe der Flächen.

Damit hält die DBU mit 62.000 Hektar etwa die Hälfte der Fläche des Nationalen Naturerbes. Die Stiftung will diese Flächen langfristig für den Naturschutz sichern und weitestgehend von privater und wirtschaftlicher Nutzung ausschließen.

Die neu übertragenen Flächen befinden sich zum größten Teil in Mecklenburg-Vorpommern (Kaarzer Holz, Eggesiner Forst, Rostocker Heide) und Thüringen (Sondershausen, Seehausen, Bad Salzungen, Pöllwitzer Wald). Dazu kommen Gebiete in Sachsen-Anhalt (Roßlau und Zeitzer Forst), Sachsen (Hartmannsdorf) sowie

kleinere Flächen in Niedersachsen und Bayern. Die Naturerbeflächen der DBU bestehen zum großen Teil aus Wald. Ziel ist es, sie in die natürliche Waldentwicklung zu überführen. Kuratoriumsvorsitzender Hubert Weinzierl lobte die Bundesregierung dafür, sich gegen den Verkauf der Gebiete und für ihren langfristigen Schutz entschieden zu haben. Dies sei eine „Sternstunde der Natur- und Umweltpolitik in Deutschland“, sagte Weinzierl. [ej]

► Mitteilung des BMU: www.kurzlink.de/bmuncke

► Mitteilung dbu: www.kurzlink.de/dbuncke

Bodenschutz

Zu wenig Fortschritt

■ Im Juni hat die Bundesregierung den dritten Bodenschutzbericht vorgelegt. Demnach sind in den letzten Jahren vor allem bei der Verringerung von Schadstoffbelastungen in Böden Fortschritte erzielt worden. So sei die Menge des in Böden angereicherten Stickstoffs gesunken. Laut Bericht konnte der Stickstoffüberschuss in der Landwirtschaft bis 2010 auf 95 Kilogramm pro Hektar verringert werden. Das Ziel der Bundesregierung, diesen auf 80 Kilogramm pro Hektar zu reduzieren, wurde damit jedoch verfehlt.

Fortschritte gab es auch beim Flächenverbrauch. Dieser sei von 129 Hektar pro Tag im Jahr 2000 auf 81 Hektar pro Tag im Jahr 2011 zurückgegangen, nehme inzwischen aber wieder zu. Bis 2020 strebt die Bundesregierung einen Flächenverbrauch von nur noch 30 Hektar pro Tag an. Problematisch nennt der Bericht die Bodenerosion durch Wind und Wasser, die Bodenverdichtung und den Humusschwund.

Seit 2002 legt die Bundesregierung einmal pro Legislaturperiode einen Bodenschutzbericht vor. Der aktuelle Bericht dokumentiert die Entwicklungen und Fortschritte des Bodenschutzes ab April 2009. Zum Zustand der Böden erarbeitet das Umweltbundesamt einen gesonderten Bericht. [ej]

► Bodenzustandsbericht: www.kurzlink.de/bzb2013

► Mitteilung des BMU: www.bmu.de/N50124

► Klimaretter: www.kurzlink.de/bsbkr

Wälder

Aigner gründet Beirat für Waldpolitik

■ Das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) soll künftig von einem



Wildnis im Bayerischen Wald

»Ja wie schaut denn das aus?« Quer verkeilt liegen silbergraue Fichten, undurchdringliche Astgerippe, dazwischen ragen junge Bäume heraus, ein neuer Wald entsteht. Das ist er, der Nationalpark Bayerischer Wald: Ein Wald im Umbau, im Werden. Ein halbwilder Wald – um den es seit über 40 Jahren Konflikte gibt. Herbert Pöhl berichtet von Kämpfen und Widerständen, von Erfolgen und Begeisterung – und von der Schönheit dieser wilden Waldnatur.

H. Pöhl

Der halb wilde Wald

Nationalpark Bayerischer Wald: Geschichte und Geschichten

272 Seiten, Hardcover, inkl. DVD: spektakulären Filmaufnahmen, weiterführende Artikel sowie Falblätter zu Wanderungen und Angeboten im Park, 24,95 Euro, ISBN 978-3-86581-250-6
Erhältlich bei www.oekom.de, oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft

 oekom

wissenschaftlichen Beirat für Waldpolitik in Fragen der nachhaltigen Waldbewirtschaftung beraten werden. Bundesministerin Ilse Aigner hat das Expertengremium Ende Mai ins Leben gerufen.

Laut BMELV besteht ein hoher Bedarf an Begleitforschung vor allem im forstlichen Umweltmonitoring, bei der Kronenzustandserhebung, der Bundeswaldinventur und der Bodenzustandserhebung. Der Beirat soll auch Wissenslücken bei den Auswirkungen des Klimawandels auf Wälder und den Zusammenhang zwischen Waldbewirtschaftung und biologischer Vielfalt schließen. Auch solle der Beirat helfen, widersprüchliche Ansprüche an Wälder, wie Klimaleistung, Biodiversität, Rohstoffbasis, Erholungsleistung und Energie aufeinander abzustimmen, und die Diskussion über eine nachhaltige Waldnutzung fördern.

KritikerInnen befürchten, der Beirat soll als Gegengewicht zum Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU), der die Bundesregierung sonst unter anderem auch in waldpolitischen Fragen berät, etabliert werden.

Nun müssen noch die Mitglieder des wissenschaftlichen Beirats für Waldpolitik ausgewählt werden. [ej]

► Mitteilung des BMELV:
www.kurzlink.de/bmelvbwp

TIERSCHUTZ & ETHIK

Verbandsklagerecht**Gleiches Recht für alle?**

■ Der Antrag der SPD, das Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen einzuführen, ist im Juni im zuständigen Bundestagsausschuss mit der Mehrheit von CDU/CSU und FDP abgelehnt worden. Der Deutsche Tierschutzbund befürwortet den SPD-Antrag. Mit dem geforderten Klagerecht würden die Verbände insgesamt mehr Mitbestimmung erhalten. Darüber hinaus könnten sie Einspruch gegen Behördenentscheidungen erheben und gegebenenfalls klagen. Außerdem hätten die Tierschutzorganisationen damit dasselbe Recht wie Naturschutz-, Umwelt- und Verbraucherschutzverbände. Eine Klagewelle sei erfahrungsgemäß nicht zu erwarten, denn die Organisationen müssen für die Klageberechtigung hohe Anforderungen erfüllen.

Nach dem Votum des Ausschusses stimmt das Plenum des Bundestages voraussichtlich Ende Juni (nach Redaktionsschluss) ohne weitere Debatte über den Antrag ab. [hk]

► www.kurzlink.de/tierschbund-pm-06-13

UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

Generaldirektion Umwelt**Neue Struktur**

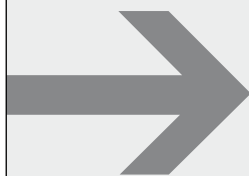
■ Seit Juni ist die Generaldirektion Umwelt der EU-Kommission neu strukturiert. Sie gliedert sich nun in die Abteilungen Grüne Wirtschaft, Naturkapital, Lebensqualität, Umsetzung und Recht, Globale und Regionale Herausforderungen und Strategie. Zusätzlich teilen sich die Generaldirektion Klima und die Generaldirektion Umwelt eine Verwaltungsabteilung.

Die Rechtsabteilung wird weiterhin für die Umsetzung der Umweltgesetzgebung sowie für Kohäsionspolitik zuständig sein. Außerdem wird sie nun auch den Input der Generaldirektion zum Europäischen Semester koordinieren. Auch die Aarhus-Konvention soll in den Zuständigkeitsbereich dieser MitarbeiterInnen fallen. Nichtregierungsorganisationen sind besorgt, dass die Umstrukturierung den Vollzug des Umweltrechts schwächen könnte.

Neue Schwerpunktbereiche, zu denen die Kommission und die Mitgliedstaaten wie im 7. Umweltaktionsprogramm ange-dacht bis 2020 aktiv werden sollen, finden sich in der Struktur des Organigramms wieder. So wird sich beispielsweise das

Nachhaltigkeit

A-Z



A wie Alternative

Weltweit definieren sich die Menschen zunehmend über den Konsum. So hat sich eine weit verbreitete konsumistische Kultur entwickelt, die eng mit unserem Wirtschaftssystem verwoben ist. Dies ist aber keineswegs schicksalhaft. Alternativen zum Konsumismus sind möglich - außerhalb und auch innerhalb etablierter Strukturen und Lebenswelten.

F. Hochstrasser
Konsumismus
Kritik und Perspektiven

364 Seiten, broschiert, 19,95 Euro,
ISBN 978-3-86581-326-8

Erhältlich bei
www.oekom.de | oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft



neue Referat Wissen, Risiken und Städtische Umwelt mit der Förderung der Nachhaltigkeit von Städten befassen.

Derzeit verhandeln Rat, Parlament und Kommission im Trilog das 7. Umweltaktionsprogramm. Bis Ende Juni (nach Redaktionsschluss) will die irische Ratspräsidentschaft eine Einigung erreichen. [bv]

- ▶ www.kurzlink.de/orga-dg-envi-2013-06
- ▶ www.eu-koordination.de/PDF/factsheet-7uap

Litauische Ratspräsidentschaft

Umwelt nicht im Fokus

■ Litauen übernimmt ab dem 1. Juli 2013 die EU-Ratspräsidentschaft. Das baltische Land betitelt sein erstes Präsidentschaftsprogramm mit „Focus Europe“. Die gesetzten Schwerpunkte glaubwürdiges, wachsendes und offenes Europa lassen ahnen, dass Umwelt unter der Ratspräsidentschaft nicht im Fokus steht. Die litauische Ratspräsidentschaft will die Bankenunion und weitere Finanzmarktreflexionen vorantreiben und die Wirtschafts- und Währungsunion sowie den EU-Binnenmarkt, einschließlich digitalem Binnenmarkt und EU-Energiebinnenmarkt, vertiefen. Darüber hinaus will der baltische Staat den Freihandel mit den USA, Kanada und Japan vorantreiben.

Bei drei Umweltthemen streben die Litauer eine Einigung in erster Lesung bis Ende Dezember 2013 an: gerechter Vorteilsausgleich (Access and Benefit Sharing – ABS), fluorierte Treibhausgase (F-Gase) sowie die LIFE-Verordnung. Außerdem stehen indirekte Landnutzungsänderungen (ILUC), die Überprüfung der UVP-Richtlinie, Biokraftstoffe, die Energiesteuererrichtlinie, die Überprüfung der REACH-Verordnung (sofern sie in diesem Sommer veröffentlicht wird), Raum-, Umgebungs- luft, gebietsfremde invasive Arten, Plastiktüten und illegales Holz auf der Umweltagenda der litauischen Ratspräsidentschaft. Falls die irische Ratspräsidentschaft keine Einigung zum 7. UAP und zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFF) erzielen kann, werden sich die Litauer damit beschäftigen.

Litauen übernimmt die Ratspräsidentschaft von Irland. Gemeinsam mit Griechenland, das im ersten Halbjahr 2014 die Präsidentschaft übernimmt, bilden die Länder bis 30. Juni 2014 eine Dreiergruppe oder Triopräsidentschaft. [bv]

- ▶ Präsidentschaftsprogramm Litauen: www.eu2013.lt/en
- ▶ Achtzehnmonatsprogramm Triopräsidentschaft: www.kurzlink.de/triopraes-ir-lt-gr

Europäisches Semester

EU-Kommission beanstandet Reformstau in Deutschland

■ Die EU-Kommission hat im Mai im Rahmen ihrer länderspezifischen Empfehlungen für die EU-Mitgliedstaaten Deutschland mangelnden Reformwillen bescheinigt. Sie fordert Deutschland erneut auf, Steuern und Sozialabgaben für Geringverdiener zu senken und das Ehegattensplitting und das Betreuungsgeld abzuschaffen. Auch kritisiert sie unnötig ermäßigte Mehrwertsteuersätze, fehlende Ganztagsbetreuungsplätze, den erschwerten Zugang zu Handwerksberufen und das ineffiziente deutsche Gesundheits- und Pflegesystem.

Diese länderspezifischen Empfehlungen sind Bestandteil des europäischen Semesters und Antwort der Kommission auf die nationalen Reformprogramme, die die Staats- und Regierungschefs im März beschlossen haben. Sie sollen Europa aus der Krise führen und die Grundlagen für Wachstum stärken. Für jeden Mitgliedstaat hat die Kommission Empfehlungen erarbeitet, die Ende Juni (nach Redaktionsschluss) von den Staats- und Regierungschefs beschlossen werden müssen.

Vor allem das ineffiziente deutsche Steuersystem bemängelt die Kommission. Die Effizienz könne durch eine restriktivere Verwendung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes sowie durch eine Erhöhung der Grundsteuer gesteigert werden. Mögliche Verteilungsprobleme bei einer Erhöhung der Mehrwertsteu-

er ließen sich zielführender durch eine Senkung der Besteuerung von Niedrigeinkommen lösen, so der Vorschlag der EU-Kommission.

Im nicht verbindlichen Arbeitspapier schlägt die Kommission vor, Steuervergünstigungen neu zu regeln oder abzuschaffen und im Gegenzug die Einkommensteuer zu senken: „Die Steuervergünstigungen, zum Beispiel die Energiesteuerermäßigungen oder -befreiungen, die Vergünstigungen für Firmenwagen oder die Pendlerpauschale, unterminieren häufig die Effektivität von Umweltsteuern und verringern den Spielraum für eine Verlagerung der Steuerlast vom Faktor Arbeit auf den Ressourcenverbrauch.“

Die Abschaffung umweltschädlicher Subventionen und die Verlegung der Steuerlast vom Faktor Arbeit auf Ressourcenverbrauch hat allerdings keinen Eingang in den Text der Empfehlungen der Kommission an Deutschland gefunden. Deutschland liegt im europäischen Vergleich der Umweltsteuern im letzten Viertel. [bv]

- ▶ Länderspezifische Empfehlungen: www.kurzlink.de/country-spec-rec2013
- ▶ DNR-Steckbrief zum Europäischen Semester: www.kurzlink.de/steckbrief-europ-sem

Umweltverträglichkeitsprüfung

Grenzen überschreiten

■ Die EU-Kommission hat im Mai einen Leitfaden für Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP) bei großen grenzüberschreitenden Projekten veröffentlicht. Der Leitfaden untermauert die Vorgaben aus der UVP-Richtlinie und lehnt diese an die Anforderungen der Espoo-Konvention von 1991 an. Sie sollen die Genehmigung und Umsetzung länderübergreifender Projekte zukünftig vereinfachen und möglichen Konflikten und Verzögerungen vorbeugen.

Immer mehr Großprojekte wie das Gasleitungsprojekt „Nord Stream“ betreffen in ihrer Umweltauswirkung mehrere Länder. Deshalb sind Kooperationen unter den Staaten unerlässlich, stellt die Kommiss-

sion in ihrem Leitfaden fest. Sie schlägt insgesamt sieben Schritte für Umweltverträglichkeitsprüfungen bei großen grenzüberschreitenden Projekten vor. Dabei legt sie vor allem Wert auf einen umfassenden Informationsaustausch zwischen dem Träger des Vorhabens und den entsprechenden Ländern. Alle eingesetzten Verfahren, betroffenen Naturräume, möglichen Umweltauswirkungen sowie Ausgleichsmaßnahmen des Projekts müssen transparent dokumentiert und ausführlich darüber berichtet werden. Einen wichtigen Schritt stellt das sogenannte Scoping dar. Es ist derzeit freiwillig.

Beim Scoping stellt der Träger des Vorhabens den Behörden und Naturschutzverbänden die geplanten Maßnahmen vor und diskutiert diese mit den Beteiligten. Auch wird darin der Umfang des Untersuchungsrahmens festgelegt. Die Europäische Kommission hatte in der laufenden Revision der UVP-Richtlinie ein verbindliches Scoping vorgeschlagen, konnte aber damit bei der ersten Debatte im Umweltrat im März keine Mehrheit erzielen.

Die Espoo-Konvention bestimmte bereits 1991 Regeln für länderübergreifende UVPs. Da die EU die Konvention ratifiziert hat, orientiert sich der Leitfaden an den Bestimmungen der Konvention. [es]

► www.ec.europa.eu/environment/eia

Umweltministerkonferenz

Hochwasserschutz hat Priorität

■ Die UmweltministerInnen der deutschen Bundesländer haben sich im Juni auf der Umweltministerkonferenz in Oberhof zum Hochwasserschutz, dem Emissionshandel und der Abfallwirtschaft ausgetauscht. Das Hochwasser im Juni in weiten Teilen Deutschlands rückte auf der Agenda nach oben. Die UmweltministerInnen einigten sich auf langfristige Investitionen in den Hochwasser-, Küsten- und Klimaschutz.

Auch die Reform des europäischen Emis-

sionshandels stand auf der Tagesordnung. Das Überangebot an Emissionszertifikaten hat in den letzten zwei Jahren zu einem starken Preisabfall geführt. Dadurch droht für Klimaexperten eines der wichtigsten Instrumente für den Klimaschutz in die Wirkungslosigkeit abzurutschen.

Die Umweltminister der Länder fordern nun die Bundesregierung einstimmig auf, sich hinter die Pläne der EU-Kommission zu stellen, die CO₂-Zertifikate zu reduzieren (Backloading). Bisher hatte vor allem Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler (FDP) diesen Vorschlag blockiert. Laut dem niedersächsischen Umweltminister Stefan Wenzel (Grüne) haben einige Länder zudem die Prüfung einer Preisuntergrenze für notwendig befunden.

Die UmweltministerInnen der Länder sehen auch Handlungsbedarf bei der Rückgewinnung von Phosphor. Nachdem entsprechende Technologien zur Verfügung stünden, sei es an der Zeit, sie effizient einzusetzen, erklärte der badenwürttembergische Umweltminister Franz Untersteller (Grüne).

Vor allem beim Klärschlamm, der nicht unmittelbar zur Düngung verwertet wird, und beim Abwasser seien noch Rückholpotenziale vorhanden. Phosphor ist ein essenzieller Rohstoff für das Pflanzenwachstum, der weder ersetzbar noch erneuerbar ist. Verschiedene Quellen prognostizieren, dass die Lagerstätten innerhalb der nächsten 300 Jahre erschöpft sein werden. [es]

► www.kurzlink.de/PM-NS-Fazit-UMK

► www.kurzlink.de/PM-SH-Phosphor

► www.kurzlink.de/CO2-Handel-Fazit-UMK

Nachhaltigkeitsforschung

Für mehr wissenschaftliche Vernetzung

■ Das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft im Frühjahr 2013 gegründete Deutsche Komitee für Nachhaltigkeitsforschung in Future Earth (DKN-Future Earth) ist die deutsche Kontaktstelle für das neue internationale Nachhaltigkeits-

forschungsprogramm Future Earth. Diese auf zehn Jahre ausgelegte Initiative des International Council for Science soll natur- und gesellschaftswissenschaftliche Aspekte zusammenführen und gleichzeitig ein internationales Netzwerk für Wissenschaftler werden. Dynamischer Planet, globale Entwicklung und Transformation zur Nachhaltigkeit bilden die großen Themenschwerpunkte. Die DKN-Future Earth soll als deutscher Ansprechpartner den gesamten Prozess mitgestalten und unter anderem ermitteln, welche Themen in der weltweiten Nachhaltigkeitsforschung bisher zu wenig vertreten sind. [hk]

► www.icsu.org/future-earth

► www.dkn-future-earth.org

Bekämpfung des Klimawandels

BürgerInnen kritisieren mutlose Politik

■ „Wir machen uns Sorgen. Große Sorgen.“ Mit diesen Sätzen beginnt das „Generationen-Manifest“, ein Appell an alle politischen Parteien, etwas gegen das zunehmende soziale und ökonomische Ungleichgewicht in Deutschland und der Welt zu unternehmen.

Das Papier mit jeweils zehn zentralen Warnungen sowie Forderungen wurde Anfang Juni in Berlin vorgestellt und bereits von einigen Prominenten unterzeichnet. Maßgebliche Initiatorin war die Unternehmerin und Buchautorin Claudia Lange. Wichtigste Forderung ist, die Bekämpfung des Klimawandels als Staatsziel in die Verfassung aufzunehmen. Dazu zähle auch, dass die Politik die Energiewende konsequent vorantreibt, sagte Lange.

Ziel des Aufrufes sind 100.000 Unterschriften. Vor der Bundestagswahl wollen die Initiatoren ein Generationsversprechen von den Spitzenkandidaten aller im Bundestag vertretenen Parteien einfordern. [es]

► www.generationenmanifest.de/manifest

„Wenn der EU-Emissionshandel scheitert, wäre das ein erheblicher Rückschritt für die Klimapolitik“

Seit Januar 2012 ist Matthias Groote Vorsitzender des Umweltausschusses im EU-Parlament. Trotz einiger Erfolge sieht der SPD-Politiker noch großen Handlungsbedarf für eine ökologische Neuausrichtung der EU. Im Interview mit der umwelt aktuell zieht er Bilanz und gibt einen Überblick über die aktuellen Herausforderungen der Umwelt- und Klimapolitik in Europa.

umwelt aktuell: Die erste Hälfte Ihrer Amtszeit als Vorsitzender des Umweltausschusses im EU-Parlament ist vorbei – Zeit für ein Zwischenfazit. Welche Erfolge, aber auch Misserfolge sehen Sie im Rückblick?

Matthias Groote: Die letzten anderthalb Jahre als Vorsitzender des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit im EU-Parlament waren für mich eine sehr spannende Zeit und Erfahrung. In diesem Zeitraum ist es uns beispielsweise gelungen, neue Grenzwerte für den Schwefelgehalt in Schiffskraftstoffen zu beschließen. Das ist sehr wichtig für die Verbesserung der Luftqualität im Nord- und Ostseeraum. Schließlich ist der Schiffsverkehr bislang der größte Verursacher von Schwefelemissionen in der Europäischen Union. Außerdem haben wir eine neue Gesetzgebung zu Elektro- und Elektronikabfällen verabschiedet, mit der Altgeräte künftig sicherer und effizienter gesammelt und recycelt werden sollen. Nichtsdestotrotz gibt es in der europäischen Umweltpolitik auch noch großen Handlungsbedarf. Gerade für die Wiederherstellung und den Erhalt der Biodiversität, den Schutz der öffentlichen Gesundheit vor Belastungen wie Lärm und Umweltverschmutzung oder die Gewährleistung eines hohen Maßes an Lebensmittelsicherheit hat die EU noch viel Arbeit vor sich.

Welche umweltpolitischen Akzente wollen Sie im kommenden Jahr noch setzen?

Im Mai 2014 stehen die nächsten Wahlen zum Europäischen Parlament an. Bis dahin hat der Umweltausschuss eine straffe Agenda abzuarbeiten. Vor allem die Themen Ressourceneffizienz und die Verbesserung der Luftqualität werden in den kommenden Monaten eine wichtige Rolle spielen. Ein weiteres Thema, das in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen hat und den Umweltausschuss auch noch in Zukunft beschäftigen wird, ist die Wiederverwertung und das Recycling von Ressourcen. Eine umfassende Wiederverwendung von Abfällen ermöglicht nicht nur eine effektivere Ressourcennutzung, sondern spart auch erheblich Kosten und steigert die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft. Wir müssen daher auf eine umfassende Kreislaufwirt-

schaft hinwirken, in der ein Produkt am Ende seines Lebenszyklus nicht nur als bloßer Müll, sondern als wertvolle Ressource betrachtet wird.

Der europäische Emissionshandel (ETS) steckt in der Krise. Die Sanierung des ETS durch das sogenannte Backloading stockt, nachdem das Plenum das Dossier an den Umweltausschuss zurückverwiesen hat. Ist der Emissionshandel noch zu retten?

Durch die Abstimmung im Plenum im April wurde das Backloading nicht etwa abgewiesen, sondern der Fall in den Umweltausschuss zurückgewiesen. Das bedeutet, das Backloading und somit die Stabilisierung des Emissionshandels ist keinesfalls abgeschrieben und mit Sicherheit noch nicht gescheitert. Im Umweltausschuss arbeiten wir jetzt an einer tragbaren Lösung, die schließlich doch noch in der ersten Lesung vom Plenum angenommen werden kann – es kann also auch im zweiten Anlauf noch gelingen, den ETS zu sanieren und den Preis für die CO₂-Zertifikate zu stabilisieren.

In den letzten Monaten war im Zusammenhang mit dem möglichen Scheitern des ETS oft vom Ende der europäischen Klimapolitik zu lesen. Ist dieses Szenario realistisch oder gibt es klimapolitische Alternativen zum Emissionshandel?

Derzeit gibt es keine wirklichen Alternativen zum Emissionshandel. Ein Scheitern des ETS birgt die Gefahr einer Renationalisierung des gesamten Systems – das wäre ein erheblicher Rückschritt für die gesamte Klimapolitik! Denn der europäische Emissionshandel ist auch international Vorbild, wie beispielsweise die Zusammenarbeit mit Vertretern der Regierung Australiens in der Vergangenheit gezeigt hat. Längst arbeiten auch andere Länder – unter ihnen China – an der Einführung von Emissionshandelssystemen.

Ein weiteres wichtiges Thema auf der umweltpolitischen Agenda der EU ist Ressourceneffizienz. Umweltkommissar Janez Potočnik hat hierzu eine High-Level-Plattform eingerichtet, um Wege zur Ressourcenschonung aufzuzeigen.

Wie beurteilen Sie die Arbeit dieser Expertenkommission?

Ressourceneffizienz ist in der Tat ein sehr wichtiges Thema. Der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments beschäftigt sich seit geraumer Zeit mit der Frage, wie der Einsatz von Ressourcen, bei gleichbleibend hoher Produktivität, gesenkt und die negativen Auswirkungen auf die Umwelt durch die Nutzung fossiler Ressourcen verringert werden können. Alternative Wege der Ressourcenschonung müssen in diesem Zusammenhang erkundet und bewertet werden. Wenn die von Kommissar Potočnik ins Leben gerufene Plattform hierzu einen Beitrag leistet, erfüllt sie sicher ihren Zweck.

Im kommenden Mai sind Europawahlen. Wie kann es angesichts zunehmender Europaskepsis in fast allen Mitgliedstaaten gelingen, der europäischen Idee neuen Antrieb zu geben und die europäische Integration weiter voranzutreiben?

Ohne Europa geht es nicht! Ohne die Europäische Union würden wir als Einzelstaaten untergehen. Nur gemeinsam können wir stark und auf Augenhöhe mit aufstrebenden Drittstaaten verhandeln. Nur gemeinsam kann es uns gelingen, unseren lang und hart erkämpften Wohlstand und das hohe Niveau unseres Sozialsystems zu erhalten. Ebenso müssen wir uns vor Augen führen, dass es nie zuvor eine vergleichbare Zeit der Freiheit und des Friedens in Europa gab. Gerade das ist derart unverzichtbar, dass es sich mehr als lohnt um den Erhalt der Europäischen Union zu kämpfen.

[Interview: Daniel Hiß]

Der SPD-Politiker Matthias Groote ist Vorsitzender des EU-Umweltausschusses und Berichterstatter zum Backloading-Vorschlag der EU-Kommission.

Kontakt:
Tel. + 32 (0)2 / 28 474 31,
E-Mail: matthias.groote@europarl.europa.eu



LUST AUF NATUR & Wildnis?



JETZT
Probeabo
sichern

PROBEABO jetzt sichern!

Zwei Ausgaben für nur
9,- Euro statt 15,80 Euro
(inkl. Versand)
unter: abo@oekom.de

LESEPROBEN für alle, die gleich

mehr über Wildnis, Nationalparks und Großschutzgebiete lesen möchten:
www.oekom.de/nationalpark

oekom
verlag

VERKEHR & TOURISMUS

Flughafen BER

Verfahren gegen Deutschland

■ Die EU-Kommission hat Anfang Juni ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingeleitet. Der Grund: Bei der Planung der Flugrouten für den neuen Großflughafen Berlin Brandenburg (BER) wurden Umweltgesetze missachtet.

Schon im Januar hatte sich ein Verfahren gegen Deutschland abgezeichnet, nachdem mehrere Umweltverbände gegen die Festlegung der BER-Flugrouten bei der EU-Kommission Beschwerde eingereicht hatten. Die Routen waren nach dem Planfeststellungsverfahren geändert und dann nicht erneut auf Umweltauswirkungen geprüft worden. Vor allem die Auswirkungen der geplanten Flugrouten auf nach der Fauna-Flora-Habitatrichtlinie (FFH) geschützte Gebiete wurden nicht berücksichtigt (umwelt aktuell 02.2013, S. 25).

In den kommenden zwei Monaten hat Deutschland nun Zeit zu den Fragen der Europäischen Kommission Stellung zu nehmen und die fehlenden Prüfungen nachzuholen. Falls die Bundesregierung keine hinreichenden Antworten liefert und es zu keiner Einigung kommt, kann die EU-Kommission die Klage vor den Europäischen Gerichtshof bringen.

Unterdessen hat das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg die Klage der Bürgerinitiative gegen die Flugroute über den Wannensee und den Müggelsee in „vollem Umfang“ abgelehnt. Der Vorsitzende Richter Roger Fieting erklärte in der Urteilsbegründung, dass eine Pflicht zur Umweltverträglichkeitsprüfung nicht bestehe und dass die entsprechenden Prüfungen mit dem Planfeststellungsverfahren im Prinzip abgeholten seien. Die Kläger zeigten sich enttäuscht, wollen aber vor dem Bundesverwaltungsgericht in Leipzig Revision einlegen und, wenn nötig, bis vor den Europäischen Gerichtshof ziehen. [dh, mbu]

► Bürgerinitiative Friedrichshagen:
www.kurzlink.de/bifh

Europäisches Verkehrsnetz TEN-V

Kernrouten sollen Europa besser verbinden

■ Anfang Juni haben sich das Europäische Parlament, die Europäische Kommission und die EU-Mitgliedstaaten im Trilog auf das neue Transeuropäische Verkehrsnetz (TEN-V) geeinigt. Demnach soll bis 2030 der Kern des Verkehrsnetzes in der Europäischen Union vereinheitlicht werden.

Das TEN-V-Netzwerk soll aus einigen Kernrouten bestehen, die in eine breitere Infrastruktur eingebettet werden sollen. Eine intelligentere Verkehrsinfrastruktur soll isolierte Streckenabschnitte verbinden und EU-Mitgliedstaaten grenzüberschreitend stärker vernetzen.

Ein Korridor soll beispielsweise von Warschau über Berlin, Amsterdam und Rotterdam in die englischen Midlands reichen. Hamburg soll über Rostock und das bulgarische Burgas an Piräus in Griechenland und Nikosia in Zypern angebunden werden. Bis 2050 soll ein Großteil der europäischen Bürgerinnen und Bürger die Kernrouten vom umgebenden Netzwerk in höchstens 30 Minuten erreichen können.

Zudem soll der Ausbau des europäischen Verkehrsnetzes zukünftig umweltfreundlicher erfolgen. Laut Michael Cramer, Abgeordneter der Grünen im Europäischen Parlament, müssen Umwelt- und Klimafolgen nun stärker bei der Planung berücksichtigt werden. Beispielsweise würde der Ausbau von Flüssen eingeschränkt werden.

Nach Schätzungen der EU-Kommission betragen die Investitionskosten für TEN-V in den nächsten sieben Jahren 500 Milliarden Euro. „Diese Einigung wird den Osten mit dem Westen verbinden und den heutigen Flickenteppich durch ein echtes europäisches Netzwerk ersetzen“, sagte EU-Verkehrskommissar Siim Kallas. Parlament und Ministerrat müssen die Einigung noch absegnen. [ej]

► EU-Kommission: www.kurzlink.de/comip/13/478
► Michael Cramer: www.kurzlink.de/cramer310513

Mobilität**Bundeskabinett legt Kraftstoffstrategie vor**

■ Autos, Züge, Flugzeuge und Schiffe sollen umweltfreundlicher werden. Das geht aus der im Juni von der Bundesregierung beschlossenen Mobilitäts- und Kraftstoffstrategie hervor.

Laut der vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) erarbeiteten Strategie soll der Energieverbrauch im Verkehr bis 2020 um zehn Prozent und bis 2050 um 40 Prozent gegenüber den Vergleichswerten von 2005 reduziert werden. Derzeit entfällt fast ein Drittel des gesamten Energieverbrauchs in Deutschland auf den Verkehrssektor. Die Strategie ist Teil des Energiekonzepts der Bundesregierung und identifiziert Handlungsbereiche, in denen die Umweltziele des Energiekonzepts für den Verkehrssektor umgesetzt werden sollen.

So soll der Verkehrssektor von fossilen Kraftstoffen unabhängiger werden. Dazu sollen alternative Antriebe gefördert und der Anteil von Biokraftstoffen erhöht werden. Bis 2050 soll die Deutsche Bahn ihren Strom komplett aus erneuerbaren Energien beziehen. Für den Luftverkehr soll ein Fahrplan für alternative Flugkraftstoffe erarbeitet werden. Die Allianz pro Schiene kritisiert, der Zugverkehr werde nicht ausreichend berücksichtigt. „Die Bundesregierung hat auch nach dem Kabinettschluss keine Kraftstoffstrategie für den Schienenverkehr. Keinerlei eigene Antworten gibt die Bundesregierung auf die Frage: Wie sieht der Schienenverkehr der Zukunft auf nicht elektrifizierten Strecken aus?“, sagte Dirk Flege, Geschäftsführer der Allianz pro Schiene.

Zudem bemängelt Flege, dass in der Strategie kein CO₂-Reduktionsziel für den Verkehr genannt wird. Dies sei aber nötig, wenn die Regierung ihre internationale Verpflichtung erfüllen wolle, den CO₂-Ausstoß bis 2050 in allen Sektoren um mindestens 80 Prozent zu verringern. [ej]

- ▶ BMBVBS: www.kurzlink.de/bmvbs11213
- ▶ Allianz pro Schiene: www.kurzlink.de/aps1306

WASSER & MEERE

EU-Fischereireform**Kompromiss erzielt**

■ In entscheidenden Trilog-Verhandlungen haben Vertreter von EU-Parlament und der irischen Ratspräsidentschaft Ende Mai eine Reform der Gemeinsamen Fischereipolitik beschlossen. In dem Kompromiss einigten sie sich unter anderem darauf, das Zurückwerfen von Beifang weitgehend zu verbieten. Fünf Prozent des ungewollt gefangenen Fisches dürfen aber auch künftig noch ins Meer zurückgeworfen werden. Außerdem soll die Überfischung von Beständen ab 2015 verboten sein – in Ausnahmefällen spätestens bis 2020. Fangquoten sollen sich künftig an wissenschaftlichen Empfehlungen und klaren sozialen und ökologischen Kriterien orientieren, in der Hoffnung, dass das jährliche Quotengeschacher damit ein Ende findet. Darüber hinaus sollen stark überfischte Bestände wieder aufgebaut werden. Auf ein verbindliches Ziel für gesunde Fischbestände konnten sich die Unterhändler jedoch nicht einigen.

Das Bündnis OCEAN2012 begrüßte die Einigung und lobte besonders die progressive Rolle des EU-Parlaments in den Verhandlungen. Der WWF zeigte sich kritischer: Der Deal habe einige positive Elemente, löse aber das grundsätzliche Problem der Überkapazitäten im Fischereisektor nicht. Der Wiederaufbau stark überfischter Bestände sei mit den Verhandlungsergebnissen nicht gesichert. Greenpeace begrüßte vor allem, dass die Fangquoten künftig nach ökologischen und sozialen Kriterien ausgestaltet werden sollen. Dies erkenne endlich den Wert von Fangmethoden mit geringen ökologischen Auswirkungen („low-impact fishing“) an.

Der Kompromiss muss nun noch von den Fischereiministern und dem Plenum des EU-Parlaments bestätigt werden. Die Zustimmung gilt aber als gesichert. Noch offen ist hingegen die Neugestaltung der Fischereisubventionen, hier laufen die Verhandlungen weiter. Die irische Ratspräsi-

dentschaft möchte die gesamte Fischereireform noch bis Ende Juni abschließen. Ob dieser Zeitplan eingehalten wird, ist aber offen. [am]

- ▶ Rat: www.kurzlink.de/cfp-trilogue-300513
- ▶ NGO-Bündnis: www.ocean2012.eu
- ▶ Kommentar auf S. 25

Ölförderung**Rat nickt Richtlinie ab**

■ Der EU-Ministerrat hat Mitte Juni einer Richtlinie zur Sicherheit von Ölbohrplattformen zugestimmt. Damit ist der Weg frei für das Inkrafttreten der Richtlinie. Eine politische Einigung zwischen Rat und Parlament hatte es bereits im Februar gegeben (umwelt aktuell 04.2013, S. 25). Die Richtlinie wurde in Reaktion auf die Ölkatastrophe im Golf von Mexiko im Frühjahr 2010 entwickelt.

Wichtigste Neuerung ist, dass Konzerne künftig für alle von ihnen verursachten Umweltschäden bei Tiefseebohrungen haften sollen. Bevor Bohrlizenzen vergeben werden, müssen die Firmen zudem deutlich machen, dass sie die notwendigen technischen Mittel haben, um mit einer möglichen Ölpest umzugehen.

Die EU-Mitgliedstaaten haben nun zwei Jahre Zeit, um die Vorgaben in nationales Recht umzusetzen. Greenpeace bemängelte den zu großen Spielraum, den die Mitgliedstaaten dabei haben. [am]

- ▶ Richtlinie (engl.): www.kurzlink.de/dir-offshore-oil-613

Wasserkraft**Bündnis gegründet**

■ Staudamm-Gegner aus der ganzen Welt haben sich zu dem Bündnis „Damocracy“ zusammengeschlossen. Umweltgruppen wie der NABU und Menschen in betroffenen Staudammgebieten, wollen damit ein Zeichen gegen große Staudammprojekte setzen. Besonders umstritten sind ▶

EU-Fischereipolitik: Licht und Schatten im Reformentwurf

Das im Trilog ausgehandelte Reformpaket bringt einen Wandel in der EU-Fischereipolitik, greift aber an vielen Stellen zu kurz. Jetzt müssen die Mitgliedstaaten die Reform zu einem echten Erfolg machen, meint Kim Detloff vom NABU.

So richtig weiß es noch niemand: Ist der hartnäckig ausgehandelte Kompromiss zwischen dem EU-Parlament, dem Ministerrat und der Europäischen Kommission um die zukünftige Gemeinsame Europäische Fischereipolitik (GFP) nun ein Erfolg? Und wenn ja, für wen? Ist die Rettung der Fischbestände gelungen, oder wieder vertagt? Die Politik scheint zufrieden. Wer aber hat sich durchgesetzt: Parlament oder Minister, Naturschutz oder Fischerei? Fakt ist, dass es einen Wandel in der Fischerei geben wird – der ist aber auch dringend notwendig. Das Prinzip des maximalen Dauerertrags auf Basis wissenschaftlicher Empfehlungen (engl. Maximum Sustainable Yield, MSY) ist fixiert, Rückwürfe sollen verboten und umweltverträgliche Fischerei bevorzugt werden.

Wie so oft steckt der Teufel aber im Detail. Zwar geht der Entwurf in die richtige Richtung, enthält aber viele Ausnahmen und vage zeitliche Vorgaben, die eine tatsächliche Erholung der Fischbestände und die nachhaltige Ausrichtung der EU-Fischerei infrage stellen. MSY soll nicht wie vom Parlament und den Umweltverbänden gefordert und wie bereits beim Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung 2002 formuliert bis zum Jahr 2015 für alle kommerziellen Bestände umgesetzt sein, sondern darf mit Ausnahmen bis 2020 verschoben werden. Das bedeutet, dass fünf Jahre länger mehr Fisch entnommen werden kann als einzelne Bestände verkraften. Und das, obwohl heute mehr als die Hälfte der Fischbestände in den EU-Gewässern überfischt ist und dringend eine Fangpause braucht. Auch bleiben wirtschaftlich weniger bedeutende und unquotierte Arten wie zum Beispiel Dornhai, Rochen oder auch der Aal von der neuen Regelung unberücksichtigt. Doch gerade sie sind stark bedroht und haben wichtige Funktionen im Ökosystem.

Erstmals geht die zukünftige Fischereipolitik das Problem der Rückwürfe an. Zu kleine Fische, wirtschaftlich uninteressante Arten oder solche, für die der Fischer keine Quote besitzt, dürfen nicht mehr tot zurück ins Meer geworfen, sondern müssen angelandet werden. Es soll jedoch Ausnahmen für bestimmte Fischereibetriebe geben, die erlauben,

bis zu fünf Prozent der jährlichen Gesamtfangmenge zu verwerfen. Wie die Verteilung dieser Beifangquote und vor allem die Kontrolle funktionieren sollen, bleibt unklar. Dem Missbrauch wird so Tür und Tor geöffnet. Bei einer Anlandemenge von durchschnittlich fünf Millionen Tonnen Fisch im Jahr würden künftig immer noch bis zu 250.000 Tonnen Beifang weggeworfen. Natürlich ist es besser „nur“ jeden zwanzigsten Fisch zurück ins Meer zu werfen, anstatt wie bisher jeden dritten. Das Ziel muss aber sein, alle gefangenen Fische zu verwerten und Anreize zu schaffen, Beifänge zu vermeiden, zum Beispiel durch selektivere Netze. Hier sind Fischer und Fischereiforschung gleichermaßen gefordert.

Positiv ist auch, dass die regionalen Akteure und Fischereiräte an Einfluss gewinnen. Außerdem soll es zukünftig die Möglichkeit geben, Fischern einen bevorzugten Zugang zu Fischbeständen zu gewähren, wenn sie besonders nachhaltig operieren und hohe ökologische und soziale Kriterien erfüllen. Die „Guten“ sollen belohnt werden, während schädliche Fischerei stärker reguliert wird.

Bis Oktober sollen das Parlament und die Minister endgültig grünes Licht geben, die neuen Regularien sollen dann ab 2014 greifen. Allein dass dieser Zeitplan eingehalten werden kann, grenzt an ein Wunder. Drohte doch in den vergangenen Wochen immer wieder ein komplettes Scheitern der Reform und das Durchsetzen nationaler Interessen. Mit Blick auf das sogenannte Grünbuch aus dem Jahr 2009, das das Scheitern jahrzehntelang verfehlter Fischereipolitik schonungslos offenbarte, greift der jetzige Kompromiss deutlich zu kurz. Dennoch wird damit ein Rahmen geschaffen, der es den EU-Staaten ermöglicht, nachhaltiger zu fischen. Jetzt kommt es auf die ambitionierte nationale Umsetzung an – wieder einmal!

Der Meeresbiologe Dr. Kim Cornelius Detloff leitet den Bereich Meeresschutz beim NABU.

**Kontakt: Tel: +49 (0)30 / 2849841626,
E-Mail: kim.detloff@nabu.de**

derzeit der Illisu-Damm in Südostanatolien, Türkei, und das Belo Monte-Projekt in Brasilien.

„Seit 15 Jahren werden Wasserkraftwerke mit riesigen Staudämmen überall auf der Welt wieder vermehrt gebaut und unter dem Deckmantel ‚grüne Energiequelle‘ vermarktet. Betrachtet man jedoch die Folgen aus Sicht der Natur und der Menschen vor Ort, ergibt sich ein verheerendes soziales und ökologisches Bild“, so NABU-Vizepräsident Thomas Tennhardt. Etwa 750 Millionen Menschen leiden weltweit unter den sozialen und ökologischen Folgen bestehender Dämme. [es]

- ▶ www.damocracy.org/
- ▶ www.kurzlink.de/nabu-damocracy
- ▶ www.stopilisu.com/front_content.php

Meere

Völkerrechtlich schützen

■ Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung für Globale Umweltveränderungen (WBGU) hat in einem Gutachten den völkerrechtlichen Schutz der Weltmeere gefordert. Anfang Juni übergab der Beirat das Gutachten der Bundesregierung.

Darin fordert der WBGU, langfristig das UN-Seerechtsabkommen zu überarbeiten, damit es dann als Menschheitserbe gilt und das Vorsorgeprinzip beinhaltet. Dadurch würden den Staaten stärkere Schutzpflichten gegenüber dem Meer auferlegt. Die laut Gutachten neu zu gründenden Regional Marine Management Organizations (RMMO) sollen diese Pflichten auf der Hochsee überwachen, in Küstennähe wären die Anrainerstaaten verantwortlich. Außerdem fordert der WBGU die Einführung einer marinen Raumordnung und ein Netzwerk von Meeresschutzgebieten, das sich auch auf die Hochsee erstreckt.

Ziel der Initiative des Beirats ist der bessere Schutz der Meere vor Überfischung, Verschmutzung, Versauerung und Ausbeutung. [am]

- ▶ www.wbgu.de/hauptgutachten/hg-2013-meere

Hochwasser

Dieses Mal: Richtige Konsequenzen ziehen

■ Anlässlich des schweren Hochwassers in weiten Teilen Deutschlands im Juni sind erneut Forderungen nach natürlichem Hochwasserschutz laut geworden. Umweltverbände beklagen, dass die Verantwortlichen nach dem sogenannten Jahrhunderthochwasser im Sommer 2002 vor allem auf technische Maßnahmen gesetzt hätten und natürliche Maßnahmen wie die Renaturierung von Flussauen weitgehend versäumt wurden. Außerdem sei die zunehmende Versiegelung von Flächen ein Grund für das enorme Ausmaß des Hochwassers.

Beim Hochwassergipfel Mitte Juni forderten die Verbände, das nun zu ändern. „Das Hochwasserschutzgesetz aus dem Jahre 2005 muss verschärft und das ursprünglich vorgesehene generelle Ackerbauverbot in Überschwemmungsgebieten umgesetzt werden, sagte Helmut Röscheisen, Generalsekretär des Deutschen Naturschutzrings (DNR). Eine Renaturierung hätte nicht nur positive Auswirkungen auf den Hochwasserschutz, auch das Ökosystem profitiere von einer nachhaltigen Flusspolitik. Auch das gemeinsame Handeln von Flussgebietsgemeinschaften auf europäischer Ebene – insbesondere mit Polen und Tschechien – müsse gestärkt werden.

Der NABU schlägt vor, bis 2020 mindestens 500.000 Hektar sowie langfristig 80 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Auen an Flüssen wieder naturnah zu gestalten. Der Deichausbau müsse sich zudem künftig auf Siedlungen und wichtige Infrastruktur konzentrieren. Doch das gehe nur in Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft, da der größte Teil ehemaliger Überflutungsflächen an Elbe, Donau und Rhein inzwischen landwirtschaftlich genutzt werde. [am, es]

- ▶ Deutscher Naturschutzring, Generalsekretär Helmut Röscheisen, Berlin, +49 (0)30 / 6781775-99, helmut.roescheisen@dnr.de, www.dnr.de
- ▶ NABU: www.kurzlink.de/nabu-pm-unterehavel

WIRTSCHAFT & RESSOURCEN

EU-USA Freihandelsabkommen

Weiterer Schritt in Richtung freier Warenverkehr

■ Das EU-Parlament hat Ende Mai über eine Resolution abgestimmt, die den Start der Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen der Europäischen Union und den USA unterstützt.

Ein Großteil der EU-Abgeordneten begrüßte den Vorstoß, jedoch nicht ohne Vorbehalte. Besonders die Bewahrung der kulturellen Vielfalt der EU solle nicht von dem Abkommen beeinträchtigt werden. In seiner Rede vor dem EU-Parlament versicherte EU-Handelskommissar Karel de Gucht, dass die kulturelle Vielfalt, wie sie in den EU-Verträgen verankert ist, ein Leitprinzip der Europäischen Kommission sei, auch was Handelspolitik betrifft. Allerdings bedeute dies nicht, ganze Bereiche bereits vor den Verhandlungen auszuschließen. Es sei wichtig, eine gewisse Verhandlungsflexibilität beizubehalten, so de Gucht.

Dieser Punkt ist auch für eine Einigung in anderen Bereichen wichtig. Bisher gab es viele Unstimmigkeiten zwischen EU und USA bei Gesundheits- und Sicherheitsstandards und im Agrarsektor, vor allem bei den Direktzahlungen der EU an ihre Landwirte. Zudem befürchten Umweltschützer eine Verschlechterung der EU-Umweltstandards. Aufgrund dieser Unstimmigkeiten zweifeln viele, dass in den nächsten 18 Monaten ein Abkommen zustande kommen wird.

Eine Einigung auf ein Freihandelsabkommen würde sowohl der EU als auch den USA große wirtschaftliche Gewinne bringen. Schätzungsweise liegen diese für die EU bei 119 Milliarden Euro jährlich, während die USA mit zusätzlichen Gewinnen von 95 Milliarden Euro pro Jahr rechnen können. Am 14. Juni stimmten die EU-Handelsminister dafür, der Kommission das Mandat für die Verhandlungen mit den USA zu übertragen. Dem

Beginn der Gespräche steht nun nichts mehr im Wege. [lr]

- ▶ www.kurzlink.de/resolution-eup
- ▶ www.kurzlink.de/rede-de-gucht

Freihandel EU-Kolumbien-Peru

Auch Bundesrat stimmt zu

■ Nachdem im April der Bundestag mit einer knappen Mehrheit Ja sagte, hat Anfang Juni auch der Bundesrat dem Assoziierungsabkommen mit Kolumbien und Peru zugestimmt. Somit ist Deutschland der erste Mitgliedstaat der EU, der das Abkommen ratifizieren wird.

Die allein von der SPD regierten Bundesländer hatten überraschenderweise für das Abkommen gestimmt, obwohl die SPD-Fraktion im Bundestag sich noch gemeinsam mit Grünen und Linken gegen das Abkommen aussprach. „Glaubwürdige Politik sieht anders aus. Wir hoffen, dass das Abkommen nun in einem der anderen 26 Mitgliedstaaten der EU zurückgewiesen wird“, so sagte Martin Wolpold-Bosien von FIAN International. Das Abkommen ist stark umstritten, da es möglicherweise den Schutz von Menschen-, Arbeits- und Umweltrechten schwächt. [lr]

- ▶ www.kurzlink.de/pm-fian-fue

Club of Rome

Schlechte Aussichten

■ Anfang Juni hat der Club of Rome seinen jüngsten Bericht in Berlin vorgestellt. Unter dem Titel „Der geplünderte Planet – Die Zukunft des Menschen im Zeitalter schwindender Ressourcen“ weist Autor Ugo Bardi auf die wachsende Ressourcenverknappung und auf die Probleme, die diese mit sich ziehen wird, hin. Von der Zerstörung des Ökosystems bis zur völligen Ressourcenerschöpfung – eine Abwendung dieser Entwicklung ist seiner Meinung nach nur durch drastische Maßnahmen möglich: „Durch den sparsamen ▶

Umgang mit dem, was übrig geblieben ist und mithilfe erneuerbarer Energien kann die Zivilisation fortbestehen, sofern wir alle bereit sind, unsere verschwenderischen Gewohnheiten aufzugeben“, schreibt Ugo Bardi. [lr]

► www.clubofrome.org

Nahrungsmittelspekulation

DZ Bank zieht sich zurück

■ Ende Mai hat die DZ Bank, das Zentralinstitut von mehr als 900 Volks- und Raiffeisenbanken angekündigt, dass sie sich aus dem Geschäft mit der Nahrungsmittelspekulation zurückziehen wird. Der Direktor der Bank teilte dies in einem Brief an die Nichtregierungsorganisation Foodwatch mit, die die Spekulation mit Nahrungsmittelpreisen kritisiert. Bereits im vergangenen Jahr stiegen die Commerzbank und andere Landesbanken aus dem Geschäft aus. Allein die Deutsche Bank und die Allianz Versicherung halten weiterhin an diesem Vorgehen fest.

Nahrungsmittelspekulation findet auf Warenterminmärkten mit Agrarrohstoffen statt. Der Zweck solcher Märkte ist es, Landwirten für ihre Produkte Preissicherheit zu gewährleisten. So einigen sich Käufer

und Verkäufer auf einen Preis, der zu einem festgelegten zukünftigen Zeitpunkt gezahlt werden wird, ganz gleich wie sich Weltmarktpreise und Wechselkurse entwickeln. Somit ist Preisstabilität für den Produzenten gegeben.

Nun haben jedoch Banken und andere Akteure erkannt, dass sie aus Spekulationen an diesen Warenterminmärkten große Gewinne erzielen können. Meist findet deren Beteiligung in Form von Hedgefonds statt. Seit der großen Deregulierungswelle der Märkte Anfang der 2000er-Jahre ist der Anteil von Hedgefonds auf diesen Märkten deutlich von 30 auf 80 Prozent gestiegen.

Ob und in welchem Maß diese Spekulationen Auswirkungen auf den Weltmarktpreis für Nahrungsmittel haben, ist stark umstritten. Während beispielsweise die Deutsche Bank keinen Zusammenhang zwischen Spekulation und Preisen sieht, haben einige Nichtregierungsorganisationen wie Foodwatch und Oxfam eine andere Meinung. In mehreren Studien und Berichten verweisen sie auf Gefahren von Nahrungsmittelspekulationen und deren Einfluss auf die Weltmarktpreise. Diese wiederum können dramatische Effekte auf die Ärmsten dieser Welt haben und zu Vermehrung von Hunger führen. [lr]

► www.kurzlink.de/pm-foodwatch

Ressourcenschutz

Hochschulen höchst engagiert

■ Die Kampagne „Grüner beschaffen“ der Initiative Pro Recyclingpapier bietet Unternehmen und Einrichtungen der öffentlichen Hand eine Plattform, um ihre Nachhaltigkeitskonzepte auf praktische Art und Weise umzusetzen.

Besonders bei Hochschulen findet die Kampagne Anklang: „Die Verwendung von Recyclingpapier ist für uns eine wichtige Komponente im sparsamen und effizienten Umgang mit den Ressourcen Fläche, Energie, Wasser und Rohstoffe. Daher verwenden wir umfassend Papier mit dem Blauen Engel und fördern so das Umweltbewusstsein und die Umweltkompetenz unserer Beschäftigten und Studierenden“, betont Matthias Schenek, Kanzler der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und Fürsprecher der Kampagne. Die Teilnahme an der Kampagne ist weiterhin möglich.

Auch der Bundestag kündigte kürzlich an, in Zukunft zum größten Teil auf Papier verzichten zu wollen. Allein im vergangenen Jahr handelte es sich hier um mehr als 7,6 Millionen Druckseiten. [lr]

► Anmeldung unter: www.gruener-beschaffen.de



Im Wein liegt die Wahrheit

Was macht qualitativ hochwertigen Wein aus? Ist es nur der Geschmack? Welche Rolle spielen Anbau und Verarbeitung? Und wie wichtig ist der individuelle Stil des Winzers? Das Buch präsentiert 44 deutsche Winzerpersönlichkeiten und ihre Philosophie vom »langsamen« Wein. Bei allen Unterschieden im Detail zeichnen sich gemeinsame Kriterien ab: naturverbundener Anbau, handwerkliche Produktion und ein Höchstmaß an regionaler Identität. Ein Führer durch die Welt von »Slow Wine«, eine spannende Reise zu Deutschlands herausragenden Weinbauern.

U. Steger, K. Wagner

Die Avantgarde der deutschen Winzer

Slow Wine und seine Erzeuger im Porträt

256 Seiten, Hardcover mit Schutzumschlag, komplett in Farbe, 24,95 Euro, ISBN 978-3-86581-427-2
Erhältlich bei www.oekom.de, oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft



THEMA

Armut bekämpfen – nicht die Energiewende

Beim 4. alternativen Energiegipfel Anfang Juni kritisierte die Klima-Allianz zunehmende Tendenzen in den Parteien, durch die Ideologie billiger Energie den Erfolg der Energiewende zu gefährden. Die Teilnehmer aus Politik, Wirtschaft, Sozialverbänden und Hilfswerken diskutierten, wie soziale Probleme gelöst werden können, ohne den Ausbau erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz auszubremsen.

■ Die Veranstaltung stand unter dem Motto: „Die Energiewende sozial gestalten“. Pirmin Spiegel, Hauptgeschäftsführer und Vorstandsvorsitzender des Bischöflichen Hilfswerkes MISEREOR, wies in seiner Keynote auf die internationale Dimension der Energiewende hin: „Das Gelingen der Energiewende hat auch für viele Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern eine große Bedeutung. Ob es uns gelingt, das Energiesystem klimafreundlich und sozial gerecht umzubauen oder nicht, hat Beispielcharakter für viele andere Länder und Menschen. Es geht daher nicht nur um technische Aspekte, sondern letztendlich um eine Frage der Gerechtigkeit.“

Rainer Hinrichs-Rahlwes, Präsident des European Renewable Energy Council, fügte in seiner anschließenden Rede die europäische Dimension der Energiewende hinzu und stellte heraus, dass „in Europa 1,2 Millionen Menschen einen Arbeitsplatz im Bereich der erneuerbaren Energien haben. Mehr als 137 Milliarden Euro haben

die Erneuerbaren zur Wirtschaftsleistung der EU 2011 beigetragen. Diese Erfolgsgeschichte muss fortgesetzt werden – durch klare Politikentscheidungen für einen ambitionierten Ausbau der Erneuerbaren in Europa.“

Wie schmieden wir eine sozial gerechte Energiewende?

Unter der Moderation von Erhard Scherfer (PHOENIX) debattierten im Anschluss Maria Loheide, Vorstand der Diakonie Deutschland, Klaus Wiesehügel, Vorsitzender der IG BAU, und Damian Ludewig, Geschäftsführer des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft, die konkreten Lösungsvorschläge für eine sozial gerechte Ausgestaltung der Energiewende. Einige Aspekte, wie zum Beispiel die Abwrackprämie für Kühlschränke, wurden kontrovers diskutiert. Klaus Wiesehügel betonte in seinem Abschlussstatement, dass nicht die Energiewende die soziale Schieflage hervorgerufen habe, sondern dass „viele

Menschen für alles zu wenig Geld haben, nicht nur für Energie“. Neben Diskussionen fanden vier Workshops zu den Themen globale Dimension der Energiewende, Gebäudesanierung und Effizienzpolitik, soziale Dimension der Energiewende und klimafreundliche Mobilität statt.

Auf dem parteipolitischen Podium wurde das Thema der sozialen Ausgestaltung der Energiewende weiter erörtert. Die verschiedenen Parteienvertreter kamen erwartungsgemäß zu unterschiedlichen Ergebnissen. So bewertete Joachim Pfeiffer (CDU/CSU) das bisher Erreichte positiv und sieht in der Nutzung von heimischen fossilen Energieressourcen wie Shale Gas durch Fracking Potenziale die Energiekosten langfristig zu senken. Eva Bulling-Schröter (Die Linke) betonte, dass die Energiepreise für die Verbraucher sinken müssen. Hans-Josef Fell (Bündnis 90/Die Grünen) forderte, die Ausnahmen der Industrie von der EEG-Umlage auf den Stand von 2009 zurückzusetzen. Dirk



Was heißt hier nachhaltig?

Soll ich mit der Bahn oder dem Auto fahren? Kaufe ich Bio oder besser fair gehandelt? Täglich muss jeder Einzelne »nachhaltige« Entscheidungen treffen. Das ist nicht immer leicht, die Themen sind komplex. Durchblick schafft hier der Grundkurs Nachhaltigkeit: Er vermittelt Grundlagenwissen und hilft ökologische Zusammenhänge zu erfassen. Mit Fragebögen zur Lernkontrolle ist dieses Lehrbuch auch zum Selbststudium bestens geeignet – das neue Standardwerk.

C.-P. Hutter, K. Blessing, R. Köthe

Grundkurs Nachhaltigkeit

Handbuch für Einsteiger und Fortgeschrittene

400 Seiten, Hardcover, 29,95 Euro, ISBN 978-3-86581-301-5
Erhältlich bei www.oekom.de, oekom@verlegerdienst.de

Die guten Seiten der Zukunft

 oekom

Becker (SPD) benannte als weitere Baustellen der Energiewende die Bereiche Wärme, Verkehr und Energieeffizienz. Das Ziel der Bundesregierung, bis 2020 eine Million Elektroautos auf deutsche Straßen zu bringen, sei Kosmetik und werde die benötigte Verkehrswende nicht voranbringen, betonte Becker.

Die Klima-Allianz präsentierte bei der Veranstaltung auch ihre Broschüre „Bei der Energiewende läuft vieles – aber noch nicht alles rund“. Darin zieht das Bündnis nach zwei Jahren Energiewendebeschlüssen der Bundesregierung Bilanz. Katharina Reuter, Leiterin der Klima-Allianz, fasste zusammen: „Die Debatte um die Energiewende darf nicht durch die Kostendiskussion überlagert werden. Denn nicht die Energiewende führt zu einer sozialen Schieflage. Diese bestand schon vor der Energiewende und wird durch die ungerechte Verteilung der Lasten noch verstärkt.“

[Malte Hentschke]

- ▶ Malte Hentschke, Projektleiter Netzwerkarbeit und Kommunikation der Klima-Allianz, Berlin
E-Mail: hentschke@klimaa-allianz.de
- ▶ Broschüre: „Bei der Energiewende läuft vieles – aber noch nicht alles rund. Eine Zwischenbilanz.“ (2013), ISSN 2196-6060, 38 Seiten, Download: www.klima-allianz.de

DNR INTERN

Umweltprogramm Parteien

Kernforderungen von BUND, DNR, NABU

Bundes-
tagswahl
2013

■ Anfang Juni haben die Umweltorganisationen BUND, DNR und NABU ihre Hauptforderungen an die Parteien im Wahlkampf vorgestellt. Sie sehen dringenden Handlungsbedarf nicht nur bei der Energiewende, sondern auch beim Natur- und Ressourcenschutz sowie in der Agrar- und Verkehrspolitik.

Die Verbände forderten, die Energiewende entschlossen voranzubringen und auf eine schnellstmögliche vollständige Versorgung mit erneuerbaren Energien auszurichten. Große Bedeutung komme außerdem der ambitionierten Umsetzung der EU-Energieeffizienzrichtlinie zu. Ein besonders hohes Einsparpotenzial sehen die Verbände im Gebäudebestand.

Außerdem appellierten sie an die Parteien und die künftige Bundesregierung, ein Klimaschutzgesetz auf den Weg zu bringen, mit dem das deutsche Klimaziel von minus 40 Prozent CO₂ bis 2020 festgeschrieben werde. Kohlekraftwerke müssten aus Klimaschutzgründen und wegen ihrer Unflexibilität aus der Energieerzeugung ausscheiden. Die Gasförderung aus sogenannten „unkonventionellen Quellen“ mit der Methode des „Fracking“ – also durch Verpressen giftiger Chemikalien in tiefe Erdschichten – müsse verboten werden.

Wegen knapper werdender Ressourcen in den Industrieländern sprachen sich die Verbände für die Weiterführung der ökologischen Finanzreform und ein nachhaltiges Wirtschaften aus. DNR-Präsident Hartmut Vogtmann: „Wir müssen die umweltschädlichen Subventionen von jährlich mindestens 48 Milliarden Euro endlich beseitigen. Die Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes reicht nicht aus, das Gemeinwohl einer Gesellschaft zu messen. Hierfür brauchen wir als Ergänzung einen Wohlfahrtsindex, der Aussagen über den Gesundheits- und Bildungszustand und das Ausmaß der ehrenamtlichen Arbeit in Deutschland macht.“

Angesichts des fortschreitenden Rückgangs der Artenvielfalt forderten die Verbände, das Bundesprogramm Biologische Vielfalt bis zum Jahr 2016 von derzeit 15 Millionen auf ein Volumen von dann 100 Millionen Euro pro Jahr aufzustocken.

[dnr, mbu]

- ▶ DNR, Generalsekretär Helmut Röscheisen, Tel. +49 (0)30 / 6781775-85, E-Mail: helmut.roescheisen@dnr.de, www.dnr.de
- ▶ Gemeinsame PM: www.dnr.de/presse/presseinformation-04062013-1.html
- ▶ www.bund.net
- ▶ www.nabu.de

AUS DEN VERBÄNDEN

Portraitserie

Mitglieder des DNR

■ Die 96 Mitgliedsverbände des DNR sind sehr vielfältig und haben unterschiedliche Schwerpunkte. Um den Leserinnen und Lesern einen Überblick zu verschaffen, werden in dieser Rubrik in alphabetischer Reihenfolge die einzelnen Verbände in Form von Kurzportraits vorgestellt.

Bund Naturschutz Alb-Neckar (BNAN)

■ Bereits seit 1973 engagiert sich der Bund Naturschutz Alb-Neckar (BNAN) neben dem Erhalt der Biotop für die Artenvielfalt auf der Schwäbischen Alb und im Alb-Vorland an der Donau, Neckar und Rems. Deshalb hat der BNAN bereits Grundstücke erworben, zum Beispiel auf der Schwäbischen Alb. Zu den Grundstücken gehören unter anderem Wacholderheiden, Mager- und Halbtrockenrasen, kleinere Gewässer und Feuchtgebiete. Bei der damit verbundenen Pflege der Flächen kann jeder mithelfen. Außerdem bietet der Verband unterschiedliche Exkursionen, Wanderungen, Vorträge und Informationsabende an. Für Jugendliche gibt es zusätzlich spezielle Exkursionen und ein Sommerzeltlager über zwei Wochen. Über neue Mitglieder freut sich die in vier Bezirks- und zwei Arbeitsgruppen organisierte, 1.400 mitgliederstarke Organisation jederzeit. [hk]

- ▶ Bund Naturschutz Alb-Neckar (BNAN), Manfred Ludwig, St. Johann, Tel. +49 (0)7122 / 9564, E-Mail: post@bnan.de, www.bnan.de

Bund Naturschutz in Bayern (BN)

■ Der älteste und größte Umweltschutzverband Bayerns ist der seit 1913 bestehende Bund Naturschutz in Bayern (BN) mit derzeit etwa 194.500 Mitgliedern. Gleichzeitig ist er der Landesverband Bayern des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland. Das breit gefächerte Aufgabenfeld reicht von der Förderung des ökologischen Landbaus bis zur Konzeptentwicklung für Energie und Verkehr. Seminare und Veranstaltungen ergänzen

das umfangreiche Bildungsprogramm. Auf 2.650 Hektar Gesamtgrundstücksfläche versucht der Verband sowohl die Lebensgrundlagen der Tiere und Pflanzen als auch die Landschaften zu erhalten und zu schützen. Jährlich zeichnet der BN Menschen für ihren besonderen Einsatz im Natur- und Umweltschutz mit dem Bayerischen Naturschutzpreis aus. Neben der Möglichkeit einer Mitgliedschaft kann man auch mit einer Spende die Arbeit des Vereins unterstützen. [hk]

- Bund Naturschutz in Bayern (BN), Luise Frank, Reigensburg, Tel. +49 (0)941 / 29720-0, E-Mail: info@bund-naturschutz.de, www.bund-naturschutz.de

Bundesdeutscher Arbeitskreis für Umweltbewusstes Management (B.A.U.M.)

Der Bundesdeutsche Arbeitskreis für Umweltbewusstes Management (B.A.U.M.) gilt mittlerweile als die größte Umweltinitiative der Wirtschaft in ganz Europa. Seit 1984 macht B.A.U.M. Unternehmen, Organisationen und Kommunen auf die Bedeutung des vorsorgenden Umweltschutzes und des nachhaltigen Wirtschaftens aufmerksam und unterstützt diese bei der Realisierung. Sowohl auf den Informations- und Erfahrungsaustausch als auch auf den Aufbau und die Pflege nationaler und internationaler Kontakte in verschiedenen Branchen legt die Initiative viel Wert. Informationsdienste, Veranstaltungsreihen, Kongresse und Publikationen sind Teil des vielfältigen Serviceangebots. Die Organisation nimmt in einigen Gremien eine beratende Funktion ein und vertritt die Interessen der 550 Mitglieder. Firmen oder auch Einzelpersonen sind als neue Mitglieder herzlich willkommen. [hk]

- Bundesdeutscher Arbeitskreis für Umweltbewusstes Management (B.A.U.M.), Maximilian Gege, Hamburg, Tel. +49 (0)40 / 490711-00, Fax -99, E-Mail: info@baumev.de, www.baumev.de

Naturfreunde Häuser

Neues Verzeichnis

Die NaturFreunde Deutschlands haben dieses Jahr ein neues Verzeichnis

ihrer Naturfreunde Häuser herausgegeben und dabei Fotos, Ausstattungsmerkmale, Freizeitangebote und Kontaktmöglichkeiten aktualisiert. Die Vereinshäuser stehen allen Menschen offen, Mitglieder erhalten Rabatt.

Rund 1.000 Naturfreunde Häuser gibt es weltweit, davon allein 400 in Deutschland. Die Vereinshäuser der NaturFreunde – ein international organisierter Verband für Umweltschutz, sanften Tourismus, Sport und Kultur – liegen oft mitten in der Natur und sind ausgesprochen vielfältig: Von der kleinen Berghütte mit Matratzenlager für Selbstversorger bis zum hotelähnlichen Komplex mit Vollpension und Hallenbad, vom Bootshaus mit Biergarten bis zum Bungalowdorf mit Kletterwand, vom Schullandheim bis zur Familienferienstätte ist alles dabei. Viele der Häuser werden ehrenamtlich betrieben, was auch die oft recht günstigen Übernachtungspreise erklärt. Das Verzeichnis kann im NaturFreunde-Verlag für fünf Euro inklusive Versandkosten bestellt werden. [mbu]

- www.naturfreunde-haeuser.net
- www.naturfreunde.de

Publikation Windenergie

Erneuerbare und Naturschutz

Das Dialogforum Erneuerbare Energien und Naturschutz in Baden-Württemberg hat den „Beteiligungsleitfaden Windenergie“ erstellt, der deutschlandweit von Interesse ist. So sind eine Checkliste zu Stellungnahmen zu Windenergieanlagen sowie die Übersichten zu windkraftsensiblen Vogel- und Fledermausarten darin enthalten. Das Gemeinschaftsprojekt von BUND und NABU wird vom Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft in Baden-Württemberg gefördert. Ziel des Dialogforums ist es, konstruktiv und unterstützend bei der Ausgestaltung der Energiewende mitzuwirken. Der Ausbau der erneuerbaren Energien sowie ihre Netzintegration soll engagiert und möglichst naturverträglich gestaltet werden. [mbu]

- www.bund-bawue.de/beteiligungsleitfaden

Publikation mit Sielmann-Stiftung

Tierwelt live

Seit dem Frühjahr gibt es die neue Zeitschrift Tierwelt live. Das Wildtier- und Naturmagazin wird im Auftrag der Doclights GmbH produziert, das sind die Macher der NDR-Fernsehreihe „Expeditionen ins Tierreich“. Kooperationspartner der Neuerscheinung ist die Heinz Sielmann Stiftung. Das Magazin mit zahlreichen Fotos erscheint alle drei Monate, die nächste Ausgabe gibt es im Juli – sowohl am Kiosk als auch als eMagazin. [mbu]

- www.tierweltlive.de
- www.sielmannstiftung.de

PREISE UND AUSSCHREIBUNGEN

Adolf-Hempel-Jugendtierschutzpreis

Preisträger bekannt gegeben

Im Juni hat die Akademie für Tierschutz des Deutschen Tierschutzbundes zum siebten Mal den Adolf-Hempel-Jugendtierschutzpreis verliehen. Die Preisträger wurden auf der Mitgliederversammlung des Tierschutzbundes geehrt.

Den ersten Platz belegte das Projekt „Bottles for Life“ zweier Schülerinnen aus Baden-Württemberg. Den beiden Mädchen aus der Nähe von Reutlingen gelang es, zahlreiche Menschen zu überzeugen, im Supermarkt ihren Pfandbon für den Tierschutzverein Reutlingen zu spenden. Dieses Engagement wird mit einem Preisgeld in Höhe von 1.000 Euro belohnt. Den mit 600 Euro dotierten zweiten Preis vergab die fünfköpfige Jury in diesem Jahr zweimal: Er ging an die Jugendgruppe des Vereins Achtung für Tiere aus Gütersloh und die „Ethikgruppe“ der Dr.-Auguste-Kirchner-Realschule aus Haßfurt in Bayern. Den dritten Preis erhält ein Wildkatzenprojekt der Tierschutzjugend Eisenach. [fc]

- www.jugendtierschutz.de/jugendtierschutzpreis_2013

TERMINE

JULI

01.–12.07.,
Potsdam (D)

**Global Sustainability
Summer School 2013.**
Sommerakademie

► Potsdam-Institut für

Klimafolgenforschung (PIK), Institute for Advanced Sustainability Studies (IASS), Robert Bosch Stiftung, www.gsss-potsdam.org

02.07., Dresden (D)

Aktuelles im Naturschutz. Vortrag

► Ehrenamtlicher Naturschutzdienst der Landeshauptstadt Dresden, Kreisnaturschutzbeauftragter Dr. Karl-Hartmut Müller, Tel. +49 (0)351 / 4659 527, E-Mail: k.h.mueller@ifw-dresden.de

04.07., Potsdam (D)

Energiewende in Brandenburg – Akzeptanz und Beteiligung. Tagung

► Deutsche Umwelthilfe e.V., Industrie- und Handelskammer Potsdam, Judith Grünert, Tel. +49 (0)30 / 2400867-93, E-Mail: gruenert@duh.de, www.duh.de/uploads/media/Akzeptanz_Flyer_Potsdam.pdf

05.07., München (D)

Wege aus der Wachstumsfalle. Vortrag

► Münchner Forum Nachhaltigkeit, Tel. +49 (0) 89 / 76 75 89 5, info@mfn-net.de, www.mfn-net.de

12.07., Nürnberg (D)

Hochwasserrisikomanagement am Rhein und seinen Nebenflüssen. Seminar

► Grüne Liga e.V. und Bundeskontaktstelle, Tel. +49 (0)30 / 4039 3530, E-Mail: wasser@grueneliga.de, www.wrrl-info.de/docs/seminar42_programm.pdf

12.07., Wuppertal (D)

Tag der Artenvielfalt für Kinder

► Igelschutz-Interessengemeinschaft e.V., Tel. +49 (0) 202 / 603 403, www.igelschutz-ev.de

12.–14.07., Deuselbach (D)

Euro-Umwelt-Festival, Kultursommer Rheinland-Pfalz. Festival

► Hunsrückhaus am Erbeskopf, E-Mail: erbeskopf@t-online.de, www.hunsrueckhaus.de

13.07., München (D)

„Mir hams satt!“ Großdemonstration

► Bund Naturschutz in Bayern e.V., Umweltinstitut München e.V., Kampagne Meine Landwirtschaft u.a., E-Mail: fa@bund-naturschutz.de; demo@umweltinstitut.org, www.wir-haben-es-satt.de/start/mir-hams-satt-muenchen

13.–20.07., Bad Kissingen bis Behringen (D)

„Radeln für die Katz“, Wildkatzenschutz sportlich erleben

► BUND Naturschutz in Bayern e.V., www.bund-reisen.de/reise/radeln-fuer-die-katz-neu.html

14.07., europaweit

Big Jump – Der Europäische Flussbadetag

► www.rivernet.org/bigjump/welcomed.htm

20.07., Ingolstadt (D)

Verkehrswende im ländlichen Raum. Tagung

► Evangelische Akademie Tutzing, Tel. +49 (0)8158 / 251-146, Fax +49 (0)8158 / 996 443, E-Mail: info@ev-akademie-tutzing.de, web.ev-akademie-tutzing.de/cms/index.php

21.07.–24.08., Lausitz (D)

Reclaim Power Tour. Fahrradtour (Ost-West)

► Netzwerk „Energiekämpfe in Bewegung“, E-Mail: info@reclaimpowertour.org, www.reclaimpowertour.org

28.07.–10.08., von Stuttgart bis Marburg (D)

Tour de Natur 2013

► Tour de Natur, Grüne Liga Dresden, Tel. +49 (0)5602 / 5631, E-Mail: buero@tourdenatur.net, www.bund.net/aktiv_werden/termine/termindetail

AUGUST

20.08., Berlin (D)

30 Jahre PCB-Management – was ist (noch) zu tun? Lehren für den Chemikalien Risk-Cycle einer Kreislaufwirtschaft. Tagung

► Deutscher Naturschutzring, Anke Draheim, Telefon: +49 (0) 30 / 678 1775 70, E-Mail: anke.draheim@dnr.de, www.dnr.de/downloads/dnr-veranstaltung-am-20-08-2013-flyer.pdf

Umweltbildungs-Termine: siehe S. 36
Weitere Termine: www.dnr.de/termine

Impressum

umwelt aktuell Juli 2013

ISSN 1865-3901

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzverbände (DNR) e. V., Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177570, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

In Kooperation mit: Grüne Liga Berlin e. V., Tel. +49 (0)30 / 4433910, www.grueneliga-berlin.de

Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: kontakt@oekom.de, www.oekom.de

Chefredaktion: Helga Inden-Heinrich [hih] (verantwortlich), Bjela Vossen [bv] (Europa und Internationales, verantw.), **Redaktion:** Marion Busch [mbu], Daniel Hiß [dh], Eric Janáček [ej], Stefanie Langkamp [sl], Antje Mensen [am], Lavinia Roveran [lr]. **Redaktionelle Mitarbeit:** Fabian Carels [fc], Hannah Klocke [hk], Elena Schäggl [es], EU-Umweltbüro des Umweltdachverbandes [UWD]. **ökopädNEWS:** siehe S. 36

Kontakt/Probehefte: Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177582, E-Mail: redaktion@dnr.de, www.umwelt-aktuell.eu

Schlusskorrektur: Gotlind Blechschmidt, Augsburg. **Fotos:** DLR (Titel), ©European Parliament/Pietro Naj-Oleari (S. 19). **Grafik/DTP:** Marion Busch, Daniel Hiß. **Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. Gedruckt auf Circleoffset White, 100 % Recycling, von Arjowiggins/Igepa group.

Erscheinungsweise: monatlich am Monatsanfang
Redaktionsschluss: 10. des vorhergehenden Monats

Abonnements/Bestellungen/Probeabos: InTime Media Services GmbH, D-82034 Deisenhofen, Tel. +49 (0)89 / 85853-570, Fax -62570, E-Mail: oekom@intime-media-services.de, www.oekom.de

Anzeigen: oekom verlag, Tabea Köster, München, Tel. +49 (0)89 / 54418435, E-Mail: anzeigen@oekom.de

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion beziehungsweise des Herausgebers wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.



BNE im Elementarbereich

Mit den Kleinen Großes denken

Die pädagogischen Erfahrungen aus der vierjährigen Arbeit des deutschlandweiten Projekts „Leuchtpol – Energie und Umwelt neu erleben“ wurden in der Handbuchreihe „Hier spielt die Zukunft“ veröffentlicht. Fortbildungsarbeit mit ErzieherInnen, Umsetzung in der Kita, die interaktive Ausstellung „Die Kuh im Kühlschrank“ und Grundlagen von BNE in der Elementarbildung stehen im Fokus.

□ Nachhaltigkeit im Kindergarten entdecken, verstehen und gestalten, darum geht es in der Buchreihe. Sie basiert auf der vierjährigen Bildungsarbeit der Projektgesellschaft mit mehr als 4000 Kitas in Deutschland, dem Diskurs mit ExpertInnen aus Wissenschaft und Praxis der Elementarpädagogik und der Bildung für nachhaltige Entwicklung.

Energie und Umwelt neu erleben

Die teilnehmenden Kitas wurden mit Unterstützung von Leuchtpol zu Bildungs- und Lernorten, an denen die Kinder sich Gedanken über natürliche Lebensgrundlagen machen, Zusammenhänge von Energie und Umwelt erforschen und über Gerechtigkeit nachdenken können. Die gemeinnützige Leuchtpol GmbH hat die ErzieherInnen dabei begleitet und knüpfte mit acht Regionalbüros und der Zentrale in Frankfurt/Main an länderspezifischen und regionale Gegebenheiten an. Das zentrale Element waren fünftägige modulare Fortbildungen, an denen 4.560 ErzieherInnen teilnahmen und Schritte für ihre eigene Praxis entwickelten. Sie beobachteten die Kinder ihrer Kita, fanden Anknüpfungspunkte zu BNE und gestalteten konkrete Projekte am Beispiel von Energie und Umwelt. Diese wurden dokumentiert und im Rahmen der Fortbildungen präsentiert.

Kontinuierlich wurde die Fortbildungsarbeit durch das Institut für integrative Studien der Leuphana Universität Lüneburg evaluiert. Wie die Ergebnisse der Begleitforschung zeigen, ist es gelungen, bei den TeilnehmerInnen sowohl in Bezug auf ihre berufliche Aufgabe als auch ihren privaten Lebensstil Denkprozesse anzustoßen. Viele TeilnehmerInnen konnten, privat und in ihren Kitas bei KollegInnen, bei Eltern oder dem Träger BNE-Prozesse in Bewegung bringen.

Über die Fortbildungen hinaus

Leuchtpol hat quantitativ und qualitativ viel erreicht – ein wesentlicher Motor war dabei die kontinuierliche Weiterentwicklung der Bildungsarbeit.

Daraus entstanden sind Materialien wie das Legespiel „Merkefix“ für Kinder, ein Handbuch zum Philosophieren mit Kindern oder die interaktive Leuchtpol-Ausstellung „Die Kuh im Kühlschrank“. Sie bietet Kindern und Familien niedrigschwellig Gelegenheiten, um gemeinsam Themen nachhaltiger Entwicklung zu entdecken. Das etwas andere Zuhause zum Beispiel mit Hühnern im Küchen-

THEMENHEFT: BNE IM ELEMENTARBEREICH

schränk, einem Klo aus Pappe, einer Kanalisation zum Durchkriechen oder einem Fernseher ohne Strom knüpft mit Alltagsmaterialien an die Lebenswelt der Kinder an. So entstehen für klein und groß Gesprächs- und Denkanlässe, die Zuhause oder in der Kita weitergeführt werden können. Die Ausstellung tourt weiter durch Deutschland.

In der Projektzeit wurde mit vielen Partnern, gerade aus dem Netzwerk der ANU zusammengearbeitet. 140 (Umwelt-)Zentren aus der ANU boten den teilnehmenden Kitas mehr als 1.750 Gelegenheiten zu Entdeckungsreisen rund um Energie und Umwelt. Zudem hat Leuchtpol ein Netzwerk aus sogenannten „Konsultationskitas“ aufgebaut, die ihre Türen zum Erfahrungsaustausch für Kolleginnen und Gäste öffneten.

Beitrag zur bildungspolitischen Verankerung

Damit das Denken und Handeln für nachhaltige Entwicklung zu einem zentralen

Bestandteil der Arbeit in Bildungseinrichtungen wird, muss durch die Politik BNE als Querschnittsaufgabe in den Bildungsplänen der Bundesländer festgeschrieben werden. Denn qualifizierte und professionelle MitarbeiterInnen sind ein entscheidender Faktor für gelingende Bildungsarbeit.

Die Tochtergesellschaft der ANU hat sich in die Weiterentwicklung von Bildungsplänen auf Länderebene eingebracht und Impulse für die Ausbildung von ErzieherInnen gegeben, unter anderem durch die Förderung einer Masterstudiengangentwicklung an der Alice Salomon Hochschule in Berlin.

Die Ergebnisse dieses Engagements sind in einem Fachpapier zusammengefasst, das auf der Homepage von Leuchtpol heruntergeladen werden kann. Dort finden sich weitere Materialien und Kontakte zu den regionalen Umsetzungspartnern, die auch weiterhin BNE im Elementarbereich anbieten.

Das Projekt Leuchtpol zeigt, was möglich wird, wenn sich Akteure aus unterschiedlichen Bereichen gemeinsam engagieren, hier das Unternehmen E.ON mit seiner Förderung im Rahmen der gesellschaftlichen Verantwortung sowie der ANU Bundesverband als Gesellschafterin der Leuchtpol gGmbH. Eine solche Partnerschaft kann und soll die staatliche Verantwortung nicht ersetzen, aber es kann sie ergänzen. So konnten durch Leuchtpol – erfolgreich und inhaltlich unabhängig – bundesweit starke Impulse für die Verankerung von BNE gesetzt werden.

[Susanne Schubert, bis Ende 2012 Bereichsleiterin Pädagogik der Leuchtpol gGmbH]

- ▷ www.leuchtpol.de
- ▷ www.diekuhimkuehlschrank.de

BLICKPUNKT

„Forschung. Beratung. Evaluation. Leuchtpol.“

Zentrale Ergebnisse der Begleitforschung des Modellprojekts für BNE im Elementarbereich

Das Projekt „Leuchtpol. Energie & Umwelt neu erleben!“ war das erste bundesweite Modellprojekt zur Implementation von Bildung für eine nachhaltige Entwicklung (BNE) im Elementarbereich. Das Institut für integrative Studien (infis) der Leuphana Universität in Lüneburg führte das Projekt durch. Die Aufgaben des infis-Forschungsteams sind im Projekttitel der Begleitforschung zusammengefasst: „Forschung.Beratung.Evaluation.Leuchtpol.“ Die kontinuierliche wissenschaftliche Begleitung bot die Chance, in einem transdisziplinären Arbeitsprozess zwischen Wissenschaft und Praxis die Realisierung des Konzepts „BNE im Elementarbereich“ mit dem Schwerpunkt „Energie & Umwelt“ weiterentwickeln zu können. Die Beforschten wurden deshalb zugleich als ExpertInnen für die Arbeit in der Kita in den Prozess der wissenschaftlichen Begleitung einbezogen.

Das Forschungsteam konnte einen umfangreichen Datensatz erheben: 9.510 Fragebögen, die die TeilnehmerInnen jeweils nach einem Fortbildungsabschnitt ausfüllten, und zusätzlich 2.564 Fragebögen aus Nachbefragungen (sechs bzw. zwölf bis 36 Monate nach Projektteilnahme) wurden einbezogen. Darüber hinaus gaben 3.585 Praxisdokumentationen Einblick in die Arbeit der ErzieherInnen in den Kitas.

Zentrale Ergebnisse:

1. Fortbildung ist eine geeignete Implementierungsstrategie für BNE im Elementarbereich

Wenn Innovationen durch Fortbildung in der Praxis ankommen sollen, ist die Zufriedenheit der TeilnehmerInnen und die Beurteilung der Fortbildungsinhalte als praxistauglich eine gute Voraussetzung. Die Leuchtpol-Fortbildungen wurden von insgesamt 96 Prozent der TeilnehmerInnen mit sehr gut oder gut beurteilt. Die pädagogischen Fachkräfte konnten ihr Wissen zum Bildungskonzept und über Wirkungszusammenhänge von Energie erweitern. Großen Anklang fanden die konkreten Praxisanregungen, der kollegiale Austausch und die Reflexionsangebote.

Sechs Monate nach Fortbildungsende gibt die überwiegende Mehrzahl der Befragten an, dass die Fortbildung Auswirkungen sowohl auf ihre Arbeit als auch auf ihr Selbstverständnis als pädagogische Fachkraft hatte – und auf ihre persönliche Entwicklung.

2. BNE kann die Institution Kita professionalisieren

Zugang zu BNE finden die TeilnehmerInnen insbesondere über das ethische Leitbild. So empfinden die meisten von ihnen das „Bewusstsein für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen“ als zentrale Aspekte des Konzeptes. Eine Teilnehmerin ergänzte, dass für sie das Gefühl, „dass wir alle gemeinsam dazu beitragen, dass unsere folgenden Generationen gleiche, lebenswerte Voraussetzungen finden“ besonders ausschlaggebend sei. Die große Motivation, Veränderungsprozesse zu initiieren, zeichnet die pädagogischen Fachkräfte aus. Besonders gute Möglichkeiten sehen die ErzieherInnen darin, im Alltag Gelegenheiten zur Auseinandersetzung mit Fragen nachhaltiger Entwicklung zu schaffen („Wo geht eigentlich das Wasser hin, das

wir verbrauchen?“) oder praktische Beiträge zum Ressourcenschutz zu vereinbaren. Die Integration in den Alltag hilft, die Eltern einzubeziehen, die Kita als Teil des Gemeinwesens stark und für die Kinder erlebbar zu machen sowie den Austausch mit ExpertInnen oder Kooperationspartnern zu suchen.

3. Energie und Umwelt – ein innovatives Themenfeld in der Kita

Das in der Kita relativ neue Themenfeld Energie und Umwelt wurde äußerst positiv aufgenommen. Vielen Teilnehmenden gelang es, etablierte Themen wie Ernährung und Mobilität neu zu denken, Alltagsbezüge herzustellen, komplexere Wirkungszusammenhänge nachzuvollziehen und Handlungsoptionen zu erarbeiten. Sie ermöglichten es so den Kindern und deren Eltern, Energie als Schlüsselthema der Zukunftsgestaltung zu verstehen. Ein anderer Teil der ErzieherInnen erschloss sich neue Themenfelder wie Strom, regenerative Energie- oder Wärmeerzeugung bzw. -isolierung und initiierte entsprechende Projekte mit den Kindern.

4. ErzieherInnen sind Change Agents

In der Innovations- und Transferforschung ist in den letzten Jahren die Bedeutung einzelner Personen als Motoren sozialer Innovationen besonders herausgestellt worden. Sie, „bezeugen, dass eine Transformation zur Nachhaltigkeit möglich ist und gesellschaftliche Spielräume für die Umsetzung der entsprechenden Werte und Positionen in konkrete Handlungen existieren“⁽¹⁾. Die pädagogischen Fachkräfte in den Kitas sind motiviert und in der Lage als solche Change Agents zu wirken. Sie ermöglichen es Kindern und deren Familien, sich mit nachhaltigkeitsrelevanten Fragen auseinanderzusetzen sowie nachhaltiges Handeln zu erproben.

Bildung für eine nachhaltige Entwicklung ist in den Kitas angekommen und hat sich als geeignetes Konzept erwiesen. Jetzt sind Trägerverbände, Wissenschaft, Aus- und Weiterbildungsakteure und die Bildungspolitik gefordert, dieses Engagement vor Ort entsprechend zu (unter)stützen.

Einen ausführlichen Einblick in die Arbeit der Begleitforschung und die Ergebnisse der Evaluation gibt der im VAS-Verlag erschienene Band „Modellprojekte verändern die Bildungslandschaft. Am Beispiel des Projekts Leuchtpol“ des AutorInnen-teams Ute Stoltenberg, Barbara Benoist und Thorsten Kosler.

**Barbara Benoist und Thorsten Kosler
sind wissenschaftliche Mitarbeiter im Projekt F.B.E:Leuchtpol des Instituts
für Integrative Studien der Leuphana Universität Lüneburg**

- ▷ (1) WBGU (2011): Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation, Seite 84. Online (PDF, 5 MB): www.kurzlink.de/wbgu2011grtransf
- ▷ www.leuphana.de/institute/infis/forschung-projekte/forschungsberatung-evaluationleuchtpol.html

**SCHWERPUNKT:
BNE IM ELEMENTARBEREICH**

Handbuchreihe

BNE im Elementarbereich

Unter dem Titel „Hier spielt die Zukunft“ werden die Erfahrungen aus vier Jahren Projektlaufzeit der Leuchtpol gGmbH in einer Buchreihe veröffentlicht. Schwerpunkte der Handbuchserie sind die Fortbildungsarbeit mit ErzieherInnen, die Umsetzung von BNE in der Kita sowie allgemeine Grundlagen von BNE in der Elementarbildung.

Die Bücher sind im Verlag „das netz“ erschienen und richten sich an ErzieherInnen, MultiplikatorInnen, FachberaterInnen sowie an Lehrkräfte an (Fach-)Hochschulen, die zum Thema Umweltbildung und Bildung für nachhaltige Entwicklung forschen und lehren. Der erste Band der Reihe „Nachhaltigkeit entdecken, verstehen, gestalten – Kindergärten als Bildungsorte nachhaltiger Entwicklung“ legt den inhaltlichen Schwerpunkt auf das grundlegende pädagogische Konzept, auf dessen Basis Bildung für nachhaltige Entwicklung im Elementarbereich gelingen kann.

Band zwei mit dem Titel „Anstoß geben: Nachhaltig in die Zukunft – Methoden für die Weiterbildung frühpädagogischer Fachkräfte“ bietet didaktische Anregungen und Instrumente, um das Konzept BNE im Elementarbereich bei Fortbildungen vermitteln und Bildungsprozesse professionell moderieren zu können. Der dritte Band „Auf dem Weg – Kinder und ErzieherInnen gestalten Bildung für nachhaltige Entwicklung“ stellt gelungene Beispiele, Projekte und Ideen zur Umsetzung von BNE im Kita-Alltag vor. Der vierte und aktuellste Band der Handbuchreihe „Was macht die Kuh im Kühlschrank? Bildung für nachhaltige Entwicklung im Zuhause und in der Kita“ enthält Praxisanregungen zu Aktivitäten im häuslichen Umfeld der Kinder.

- ▷ www.leuchtpol.de
- ▷ www.verlagdasnetz.de

Materialien für KiTa und Grundschule

Die Wale, das Meer und das Klima

□ Wale reisen um die Welt und dabei durch verschiedene Klimazonen. Was bedeutet Klimawandel und wie geht es den Walen damit, dass es auf der Erde wärmer wird? Die Materialien zum Thema „Die Wale, das Meer und das Klima“ vermitteln einen spielerischen Einblick in die Welt der Wale, beleuchten die faszinierenden Reisen der Buckelwale und erklären Auswirkungen des Klimawandels anhand von Versuchen und Modellen.

Zielgruppe der Handreichungen mit vielen Aktionsideen sowie Sachinformationen sind ErzieherInnen, LehrerInnen sowie interessierte Eltern. Die 50-seitige Broschüre wurde im Rahmen des Bildungsprogramms der internationalen Wal- und Delfinschutzorganisation WDC für die „Okeanos – Stiftung für das Meer“ entwickelt.

- ▷ www.wale.org

Handbuch

Stark machen für die Zukunft

□ Was verlangen die globalen Veränderungen den kommenden Generationen ab? Wie können Kinder für zukünftige Herausforderungen gestärkt werden? Das Buch von Freya Pausewang, Erzieherin, Sozialpädagogin und Autorin zeigt Eltern und PädagogInnen auf, mit welcher Unterstützung Kinder in den ersten Lebensjahren gefördert werden können, um lernstark zu bleiben, Herausforderungen zu bewältigen und sich in Gemeinschaften verantwortlich einzubringen. Dabei geht es nicht nur um die Lebensgestaltung des einzelnen Kindes, sondern auch um dessen Beitrag zur Gestaltung der Gesellschaft.

- ▷ Pausewang, F.: Macht mich stark für meine Zukunft – wie Eltern und ErzieherInnen die Kinder in der frühen Kindheit stärken können. oekom Verlag, München 2012, 13,95€, ISBN 978-3-86581-282-7

Publikation

KITA 21 – Die Zukunftsgestalter

□ Das Modellprojekt KITA 21 ist ein Kooperationsprojekt zwischen Wissenschaft und Praxis. Das von Ute Stoltenberg und Ralf Thielebein-Pohl herausgegebene Buch „Die Zukunftsgestalter. Mit Bildung für nachhaltige Entwicklung Gegenwart und Zukunft gestalten“ präsentiert das Konzept von KITA 21 und liefert Beispiele aus der Praxis sowie Möglichkeiten der Umsetzung von BNE im Elementarbereich. Konzipiert und realisiert von der S.O.F. Save Our Future- Umweltstiftung in Kooperation mit dem Institut für integrative Studien der Leuphana Universität Lüneburg ist KITA21 ein Beitrag zur UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“, der Trägern und Verantwortlichen der Bildungspolitik einen Weg zur Qualitätsentwicklung der Arbeit und zur Zukunftsgestaltung im Elementarbereich aufzeigt.

- ▷ Stoltenberg, U. & Thielebein-Pohl, R.: KITA21- Die Zukunftsgestalter. Mit Bildung für nachhaltige Entwicklung Gegenwart und Zukunft gestalten. oekom Verlag, München 2011, 29,90€, ISBN 978-3-86581-266-7

AUS ANU UND UMWELTZENTREN

ANU Bayern

Hoffnungsstark in die Zukunft

□ Zum Abschluss des Projektes „Hoffnungsstark – Umweltbildung gegen Ausgrenzung von Kindern und Jugendlichen“, das durch die Deutsche Bundesstiftung Umwelt gefördert wird, veranstaltet das Zentrum für Umwelt und Kultur Benediktbeuern am 24. / 25. Juli 2013 die Fachtagung „Hoffnungsstark – Chancen und Wege der Zusammenarbeit zwischen Sozialer Arbeit und Umweltbildung“. Die Tagung findet in Kooperation mit dem Verein Brücke Oberland e.V., der Deutschen Bundesstiftung Umwelt, der ANU Bayern e.V. sowie der Katholischen Stiftungsfachhoch-

schule München/Benediktbeuern statt. Die Veranstaltung soll Wege aufzeigen, wie in der Arbeit mit sozial benachteiligten Kindern und Jugendlichen eine Zusammenarbeit über Fachgrenzen hinweg möglich sein kann.

▷ www.zuk-bb.de/zuk/

LBV Bildungsmaterialien

Natürlich lernen

□ Spielen, Forschen, Schützen – das sind die drei Wege, mit denen sich die Broschüre „Faszination Vögel“ des Landesbunds für Vogelschutz in Bayern der Vogelwelt nähert. Die Aktionen sind für Familien und Gruppen, aber auch für die Durchführung von Vogelexkursionen geeignet. Es können ein Vogelstimmen-Memory gespielt, Schnabelformen untersucht oder Schwalben beim Nestbau unterstützt werden. Spiele und Aktionen für jede Altersgruppe und Jahreszeit bietet die Broschüre „Naturerfahrungsspiele“. Diese und weitere Materialien können über den Landesbund für Vogelschutz bestellt werden.

▷ www.lbv-shop.de

WISSENSWERT

Schreibwettbewerb

Green Fiction

□ Das Internetportal www.lizzynet.de veranstaltet in Zusammenarbeit mit den „Mörderischen Schwestern“, der Vereinigung deutschsprachiger Krimiautorinnen, den bundesweiten Umwelt-Schreibwettbewerb „Green Fiction“ für NachwuchsautorInnen von zwölf bis 25 Jahren. Solange Natur und Umwelt eine Hauptrolle spielen, ist das Genre der (Kurz-)Geschichte beliebig: Von Krimi, Romanze, Fantasy, bis hin zu Märchen ist alles erlaubt.

Einsendeschluss für das Exposé, dem eine mehrwöchige Mentoring-Phase mit renommierten Autoren folgt, ist der 1.

August. Der Wettbewerb wird von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU) gefördert.

▷ www.lizzynet.de/wws/green-fiction-schreibwettbewerb.php

Publikation

Hochschulen und Nachhaltigkeit

□ Lehrpersonal und Verwaltungsebenen im deutschen Hochschulsystem stehen vor der großen Herausforderung, das BNE angemessen in Lehrstoffe einzubinden und bei den Studierenden zu platzieren. Die Broschüre der AG Hochschule der UN-Dekade stellt zahlreiche Best-Practice-Beispiele aus Lehre, Forschung und Betrieb vor. Unter Chefredaktion des Sprechers der AG Hochschule, Prof. Georg Müller-Christ, wurde die Publikation „Hochschulen für eine nachhaltige Entwicklung“ grundlegend überarbeitet und erweitert. Nachhaltigkeitsakteure an Hochschulen berichten aus der Praxis in Deutschland und dem europäischen Ausland. Die Publikation kann kostenfrei als Printversion bestellt werden und steht als PDF-Download bereit.

▷ www.bne-portal.de

Lokaler Nachhaltigkeitspreis

Zeitzeichen

□ Der Netzwerk21-Kongress verleiht jährlich den Deutschen Lokalen Nachhaltigkeitspreis „ZeitzeichneN“, mit dem Initiativen geehrt werden, die sich für eine lebenswerte Zukunft in ihrer Kommune einsetzen. Der Preis wird in fünf Kategorien (Initiativen, Unternehmen, Kommunen, Jugend, Internationale Partnerschaften) für bereits laufende Projekte vergeben. Die Jury prämiiert Aktivitäten, die gesellschaftliche Brücken bauen und zum nachhaltigen Handeln ermuntern. Außerdem gibt es die Sonderkategorie „ZeitzeichneN – Ideen“ für noch zu

verwirklichende Konzepte. Die Preisgelder belaufen sich auf insgesamt 14.000 Euro; Bewerbungsschluss ist am 15. August. Die Verleihung findet im Rahmen des 7. Netzwerk21-Kongresses am 8. Oktober in Stuttgart statt.

▷ www.netzwerk21kongress.de/zeitzeichen/de/zeitzeichen.aspet

UMWELTBILDUNGS-VERANSTALTUNGEN

Weitere aktuelle Termine finden Sie im Internet unter www.umweltbildung.de. Dort können Sie Ihre Termine auch selbst kostenlos einstellen.

12.07.13, Münster

Weiterbildung zum Bildungsreferenten für nachhaltige Entwicklung. Schulung.

Training für Referententätigkeiten im Kontext der BNE.

▷ www.ecotransfer.de

10.09. - 11.09.13, Leipzig

10. BMBF-Forum für Nachhaltigkeit. Konferenz.

Ergebnisse der Nachhaltigkeitsforschung, Stärkung der Zusammenarbeit der Forschungsgemeinschaft und Diskussion über zukünftige Forschungsprioritäten.

▷ www.fona.de

21.09.13, Immenstadt

Methoden der Naturerfahrung mit Joseph Cornell.

Workshop.

Der bekannte Naturpädagoge erklärt seine Methoden.

▷ www.nez-allgaeu.de

Impressum

Herausgeber

Redaktion

Lisa Hübner (verantwortl.), oeuropaednews@anu.de;
Olaf Rother, rother@anu.de
ANU-Bundesverband Deutschland e.V.,
Kasselerstr. 1, D-60486 Frankfurt/M.,
Tel. +49(0)69/716 73329 - 41, Fax -10,
bundesverband@anu.de, www.umweltbildung.de

ökopädNEWS

ANU

Arbeitsgemeinschaft
NATUR- UND UMWELTBILDUNG
Bundesverband e.V.